

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Multiplizierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pfg. — Telefon Sammelnummer 72206 — Postfachkonto Leipzig Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. — Berlin in Leipzig, Tauscher Straße 19/21. — Telephon 72206	Insertionspreis: Die 10gepalt. Kolonelle 26 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg., Stellenangebote 10gep. Kolonelle 26 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10gep. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklameseite 2 Mf. Inserate v. ausm.: die 10gep. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorschr. 50 Pfg. Reklameseite 2.25 Mf.
---	---	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Neuer Flug Amerika-Europa.

Ankunft des Ozeanfliegers Chamberlin in Deutschland.

Notlandungen bei Eisleben und Kottbus.

Wegen Benzinmangels und Propellerbruchs.

WTB Neuyork, 4. Juni.

Der Ozeanflieger Chamberlin ist mit der Columbia heute früh 6.04 Uhr Neuyorker Zeit (11.04 Uhr mittlereuropäische Zeit) zum Fluge nach Europa aufgestiegen. Der Kapitän, der Generaldirektor der Gesellschaft, die die Columbia gebaut hat, begleitet Chamberlin auf seinem Fluge nach Europa.

WTB Berlin, 6. Juni.

Die Columbia ist heute morgen 5 Uhr in Helsta bei Eisleben notgelandet. Die Notlandung der Columbia erfolgte zwei Kilometer von der Station Helsta bei Eisleben infolge Benzinmangels. Das Flugzeug war bei der Notlandung 48 Stunden unterwegs. Die Mannschaft ist gesund und munter. Das Benzin wurde mittels Seilspannen von einem benachbarten Ort herbeigebracht, worauf die Weiterfahrt um 9 Uhr 35 Minuten nach Berlin erfolgte.

Flughafen Tempelhof, 6. Juni.

Nach sieben hier eingelaufenen Meldungen hat das amerikanische Flugzeug mit Chamberlin und seinem Begleiter heute früh 10.15 Uhr in Tempelhof bei Eisleben notgelandet. Der Pilot, der den Ozeanflug unternimmt, wurde auf dem Flughafen von Kottbus entlassen. Er ist nun nach Kottbus gefahren, um dort die Reparatur des Propellers zu besorgen. Chamberlin wird auf dem Flughafen Tempelhof aus dem Flugzeug zur Hilfeleistung abgehoben.

SWD Berlin, 7. Juni. (Radio.)

Jetzt hat nach Lindbergh auch Chamberlin den Ozean zwischen den Kontinenten der neuen und der alten Welt mit seinem Flugzeug überquert, und sogar mit einem Passagier. Der Flug über den Ozean ging überraschend gut von statten. Untermwegs begegnete die Flieger dem großen Dampfer Mauritania, den sie zur Begrüßung zweimal umflogen. 24 Stunden, nachdem sie am Sonnabend mittags von Neufundland aus in den Ozean gestiegen waren, war die Westküste Irlands erreicht. Am Abend des Sonntags erschien das Flugzeug über der Südwestküste Englands, wo es u. a. um 9 Uhr 20 über Plymouth gesehen wurde. Von da floh es in Richtung Boulogne und dann quer durch Belgien auf Köln zu. Bald konnte kein Zweifel mehr sein, daß die tüchtigen Flieger nicht nur den Ozean bezwungen, sondern auch bereits weiter in den europäischen Kontinent vorgezogen waren als Lindbergh.

In der Reichshauptstadt

wanderten seit Sonntag abend 10 Uhr schon die Menschen nach dem großen Flugplatz Tempelhofer Feld, obwohl feststand, daß Chamberlin im günstigsten Fall erst zwischen 3 und 4 Uhr morgens ankommen konnte. Auf dem Flugplatz selbst, der abgesperrt war, hatte sich außer Vertretern der Behörden und der Presse eine große stimmungsvolle Menge eingefunden, soweit Einlaß gewährt wurde. Man sah u. a. den preussischen Innenminister Erzberger, den Polizeipräsidenten, als Vertreter des Auswärtigen Amtes Staatssekretär Schubert, den Reichspresseschef usw. und schließlich die gesamte amerikanische Botschaft mit dem Botschafter Schurman an der Spitze. Die internationale Presse war in allen Sprachen vertreten. Auf dem Kommandoturm des Flugplatzes hatte der Sprecher des Berliner Rundfunks, Alfred Braun, seinen Platz gefunden, der die vielen Tausende von Hörern ununterbrochen und leiser Stimme von dem, was auf dem Flugplatz vor sich ging. Außerhalb des eigentlichen Flugplatzes wartete eine ungeheure Menschenmenge, zu der sich im Laufe der Nacht immer neue Scharen gesellten.

Über die Wartenden wurden die Nacht über auf eine harte Probe gestellt. Die letzten Nachrichten von dem Flieger wuchsen mit dem Fortschreiten der Nacht zu Berichten, daß er am Morgen zwischen 3 und 4 Uhr in der Gegend von Wellekirchen und Dortmund gesehen worden war. Seitdem schloß jede Spur von dem Flugzeug. Auf dem Flugplatz dämmerte inzwischen ein herrlicher Junimorgen, aber je weiter die Zeit verstrich, desto mehr wiederholte sich die Frage: wo bleibt der Flieger? Auch die Luftkassa war ohne jede Nachricht, sie hatte ihm in Richtung Dortmund drei Flugzeuge bis über die Elbe hinaus geschickt zum Gesichte. Aber sie alle kehrten zurück, ohne den Amerikaner entdecken zu können. Als auch um 9 Uhr morgens noch keine Nachricht über den Verbleib der Flieger vorhanden war, wurde jede Hoffnung aufgegeben und der Empfang abgelehnt. Der amerikanische Botschafter, die Behörden, die Presse und die Polizei räumten den Flugplatz. Eine halbe Stunde später wußte jedoch bereits ganz Berlin durch den Funk, daß Chamberlin sich im Morgennebel über Eisleben und eine weit südlichere Linie eingeschlagen hatte. Er war über Kottbus geflogen und landete auf dem Wege nach Halle, als er sich morgens 8 Uhr 50 wegen Benzinmangels bei dem kleinen Orte Wilschroda bei Eisleben zu einer Notlandung gezwungen

sah, die glücklich vonstatten ging. Die Dorfbewohner, die den niedrig fliegenden Ueberflieger beobachtet und seine Notlandung verfolgt hatten, fanden die beiden Flieger bereits hungrig über ihren Nahrungsmitteln. Rasch gaben die Amerikaner ihnen zu verstehen,

daß sie auf dem schnellsten Wege Benzin brauchen. Aber es dauerte natürlich einige Zeit, bis ihnen 100 Kilo Betriebsstoff zum Weiterflug nach Berlin beschafft waren. Nachdem die beiden Flieger nach ihrer Frauen telegraphisch von der Landung in Deutschland unterrichtet hatten, starteten sie um 9 Uhr 20 wieder zum

Weiterflug nach Berlin.

Hier mußte die Ankunft spätestens eine Stunde nach dem Abflug erfolgen. Nun strömten, vom Rundfunk ständig unterrichtet, die Berliner erst recht in hellen Scharen nach dem Tempelhofer Feld. Die harte polizeiliche Absperrung beeinträchtigte allerdings die Massenansammlung, und die ungeheure Wolke des Staubs, die die Wasserwirbelung nicht so auskommen. Die Luftkassa hatte sofort, nachdem sie Kenntnis von der Notlandung in der Gegend von Eisleben erhalten hatte, wieder drei Flugzeuge entsandt, um Chamberlin nunmehr sicher nach Berlin zu begleiten. Aber sie kamen zu spät, Chamberlin war bereits aufgestiegen und nirgends zu entdecken auf dem direkten Wege nach Berlin. Wieder löste sich unter der ungeheuren Menge auf dem Flugplatz eine ungeheure Spannung aus. Was war geschehen, das den Flieger verhindert, die kurze Entfernung nach der Reichshauptstadt zu bewältigen? wieder verstrich die Zeit nach Stunden. Nicht nur die Menge auf dem Flugplatz, Zehntausende an den Hören der Funkapparate hatten mit ungeheurer Ungeduld auf Nachrichten von dem Verbleib des Fliegers. Der tüchtige Pilot, der den Ozeanflug unternimmt, wurde auf dem Flughafen von Kottbus entlassen. Er ist nun nach Kottbus gefahren, um dort die Reparatur des Propellers zu besorgen. Chamberlin wird auf dem Flughafen Tempelhof aus dem Flugzeug zur Hilfeleistung abgehoben.

Der Propeller einen Bruch erlitt.

Diese Nachricht löste in Berlin allgemeines Bedauern mit den Fliegern aus. Die Luftkassa entsandte sofort ein Flugzeug nach Kottbus, um den Fliegern jede Hilfe zuteil werden zu lassen. Noch hegte die Berliner die Hoffnung, daß die beiden Flieger in dem deutschen Flugzeug zur Reichshauptstadt kommen würden, bis der erlittene Schaden des Flugzeugs ausgebeßert war. Aber es war nur zu verständlich, daß Chamberlin ein solches Flugzeug ablehnte und mit

seinem eignen Flugzeug in Berlin eintreffen will. Das soll nach im Laufe des Dienstags geschehen. Einweilen hielten sich die Flieger, die sehr ausgehungert waren und hielten den sehr dringenden Schlaf nach. Sie waren beide schon bis zur Notlandung bei Eisleben ununterbrochen 48 Stunden in der Luft, die Chamberlin als Führer am Steuer verbrachte

In Kottbus

hatte sich die Nachricht von der in dem etwa 15 Kilometer entfernten Dorfe Klinge erfolgten zweiten Notlandung der Amerikaflieger rasch herumgesprochen. Der Oberbürgermeister begab sich zusammen mit dem Leiter des Flughafens sofort nach dem Landungsplatz und holte sie nach Kottbus, wo den beiden Fliegern in einem Hotel ein festliches Mahl bereitet wurde. Auf dem Rathaus wurden die Reichsfarben gehißt, auch viele Häuser der Stadt zogen Fahnen auf. Eine nach tausenden zählende Menschenmenge fand sich vor dem Hotel ein, um die tüchtigen Flieger zu begrüßen. Sie ließ sich auch nicht abweisen durch die Nachricht, daß die Flieger sich nicht mehr zeigen würden. Diese hielten sich nach der körperlichen Stärkung noch einmal zum Landungsplatz des Flugzeuges begeben, um zusammen mit den Vertretern der Deutschen Luftkassa als Anordnungen für die rasche Reparatur zu geben. Von Berlin aus waren sofort nach der Nachricht von der Kottbuler Notlandung Vertreter der deutschen Behörden und der amerikanischen Botschaft entsandt, um die Flieger zu begrüßen und ihnen jede Hilfe zuteil werden zu lassen. Erst nachdem diese Begrüßungen und Begleitungen beendet waren, zogen sich die beiden Flieger zur wohlverdienten Ruhe zurück.

Reichskanzler Dr. Marx hat an die beiden Flieger folgendes Glückwunschtelegramm gerichtet: „Zu der glücklichen Vollendung Ihrer Wägen Tat spreche ich Ihnen im Namen der Reichsregierung und des deutschen Volkes die herzlichsten Glückwünsche aus. Die außerordentliche Leistung eines Fliegers von Americas Ostküste nach dem Herzen Deutschlands bildet einen Meilenstein in der Entwicklung des Luftverkehrs und ein neues Freundschaftsbündnis zwischen unsern Völkern.“

Auch sonst sind aus Deutschland und dem Ausland den beiden Fliegern zahlreiche Glückwunschtelegramme zugegangen.

Chamberlins Rekord.

U London, 7. Juni.

Wie aus Neuyork gemeldet wird, teilt die amerikanische aeronautische Ueberwachungskommission mit, daß Chamberlin den von Lindbergh aufgestellten Rekord (3610 Meilen) um 295 englische Meilen überboten habe. Die genaue Luftentfernung zwischen Roosevelt Field und Helsta, an der Straße nach Eisleben, wird mit 3905 Meilen angegeben.

Attentat auf den Sowjetvertreter in Polen

Woytow keinen Verletzungen erlegen.

WTB Warschau, 7. Juni.

Heute, 10 Uhr, wurde auf dem Warschauer Hauptbahnhof ein Revolverattentat auf den Sowjetgesandten in Warschau, Woytow, verübt, der gerade die Reise nach Wlodka antreten wollte. Der Täter war ein junger russischer, im Civil lebender Monarchist, dessen Name bisher noch nicht festgelegt werden konnte. Woytow wurde durch einen Schuß verletzt. Die Kugel ist im Körper festgeblieben. Woytow wurde sofort in das Spital gebracht, wohin gleich nach Erhalt der Nachricht der Minister des Auswärtigen Jazewski sich begab.

WTB Warschau, 7. Juni.

Der Sowjet-Gesandte Woytow, der bei dem Attentat 8 Schußwunden erhalten hatte, ist 10.40 Uhr im Spital verstorben.

Die polnischen Sozialisten in der Opposition

Im Zusammenhang mit den bereits drähtlich gemeldeten Beschlüssen des Parteirats der Polnischen Sozialistischen Partei, die eine Veränderung der Haltung der Partei gegenüber der Regierung impliziert, bedeutet, wandte sich unser Warschauer L. V. Korrespondent an den Vizevorsitzenden der Zentralsekretive der PPS, den Genossen Niebiajowski, mit der Bitte um einen kurzen Kommentar. Genosse Niebiajowski erklärte folgendes:

Die polnische Sozialistische Partei ging im Herbst vorigen Jahres zur Opposition gegenüber der Regierung über, nachdem es eindeutig klar geworden war, daß die Wirtschaftspolitik der Regierung sich immer mehr in der Richtung einer einseitigen Interessenwahrung der kapitalistischen und großgrundbesitzenden Kreise bewegte und die allgemeine Volkstümlichkeit immer größere Abweichungen von den demokratischen Prinzipien aufwies. Daher richtete der vorliegende

Partei rat der polnischen Sozialisten, der im Dezember 1926 stattfand, folgende zwei Postulate an die Adresse der Regierung: 1. Wenderung der Wirtschaft- und Sozialpolitik, sowie 2. Beseitigung der reaktionären Einflüsse aus der gesamten Staatspolitik, die in der Person mehrerer Minister zum Ausdruck kamen.

Als aber diese beiden Forderungen von der Regierung nicht nur nicht berücksichtigt wurden, sondern im Gegenteil eine Vertiefung des bestehenden Charakters der Regierung eintrat, betrachtete es die polnische Sozialistische Partei nunmehr als eine Notwendigkeit, ihre oppositionelle Haltung zu verhärtigen, und stellte gleichzeitig fest, daß die gesamte Regierung vollständig für die politische und wirtschaftliche Lage der einzelnen Minister verantwortlich sei. (Dieser Satz enthält eine deutliche Spitze gegen Piłsudski, von dem man allgemein erwartet hat, daß er wenigstens die fraktionellen Uebergriffe seitens der in der Regierung vertretenen reaktionären Kreise nicht beden werde. Ann. B. Korresp.)

Was die an den Uebergang zur verhärteten Opposition verknüpfte Postulate betrifft, so verlangt die polnische Sozialistische Partei die Rückkehr zur Demokratie in der äußeren und inneren Regierungsform, die Unterlassung politischer Repressionsmaßnahmen, die Inangriffnahme der Frage der realen Arbeitserlösnisse sowie die Regelung der Agrarreform und der Nationalitätenfrage.

Vom marxistischen Standpunkt aus gesehen läßt sich die gegenwärtige Lage in Polen, folgendermaßen formulieren: Der Nationalismus bedeutet nicht den Kampf der gegenwärtig an der Macht befindlichen Kreise mit den kapitalistischen und großgrundbesitzenden im Lande, sondern den Kampf dieser Kreise gegen die Rechtsparteien um den politischen Einfluß auf die Führung des Staates, ohne daß in diesem Kampf der Versuch gemacht worden wäre, eine Wenderung der sozialen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse herbeizuführen.

Alles, was sich später ereignet hat und noch ereignen wird, ist nichts anderes als die notwendige Konsequenz dieser Tatsache.

Die Traditionen der österreichischen Sozialdemokratie.

Von Therese Schiesinger, Wien.

Genosse Karl Renner hat auf dem Parteitag in Kiel zu erklären versucht, weshalb es auf österreichischen Parteitag keine so heftigen Diskussionen gebe als auf denen der reichsdeutschen Sozialdemokratie. Die österreichische Partei hätte andere Traditionen und dann seien wir in Oesterreich auch gewohnt, Meinungsverschiedenheiten in geschlossenen Reichskonferenzen auszutragen. Was nun unsere Reichskonferenzen betrifft, so hat Renners Gedächtnis ihn getäuscht, denn politische Auseinandersetzungen gab es meines Erinnerns nur auf den jüngsten Reichskonferenzen, die während der Kriegsjahre an Stelle von öffentlichen Parteitagen abgehalten werden mußten. Weder vorher noch nachher. Sonst dienen die Reichskonferenzen fast ausschließlich dazu, vor Neuwahlen über die Zusammenstellung der Kandidatenlisten zu beraten. Dagegen kommt es auf den häufig stattfindenden und sehr zahlreich besuchten Konferenzen der Wiener Organisation manchmal zu politischen Debatten und zu Beschlüssen, die, obwohl formell nur die Wiener Genossen bindend, doch für das ganze Land Bedeutung gewinnen.

So hat vor mehr als einem Jahre eine Wiener Konferenz die Frage der Russland-Delegationen sehr eingehend beraten, und sowohl das Referat, das Otto Bauer auf sener Konferenz hielt, als auch der Beschluß, der dort gefaßt wurde, haben nicht nur in ganz Oesterreich gewirkt, sondern sind auch in der ausländischen Parteipresse wiederholt zitiert worden. Eine andere grundsätzliche Debatte auf einer Wiener Konferenz betraf die besonderen Ansprüche und Verpflichtungen solcher Arbeiter, die bei von Sozialdemokraten verwalteten öffentlichen Körperlichkeiten, Ämtern und Unternehmungen beschäftigt sind. Auch diese Beratungen haben weit über den Rahmen der Wiener Organisation hinaus Interesse erregt und Bedeutung gewonnen. Natürlich halten auch andere Kreisorganisationen ähnliche Konferenzen ab, doch kommt den Problemen, die dort erörtert werden, selten mehr als lokale Bedeutung zu.

Es sind also nicht die Reichskonferenzen, die uns politische Debatten auf Parteitagen ersparen würden, auch finden auf unseren Parteitagen mitunter erregte Diskussionen statt. So wurde erst auf dem letzten Parteitag in Vind ziemlich heftig über das Wesen der Demokratie, die Notwendigkeit der parlamentarischen Diktatur als Uebergangsstadium zum Sozialismus und über die prinzipielle Einstellung der Partei zur Religion debattiert. Die Gegner kamen dabei allerdings nicht auf ihre Rechnung, weil die Fragen, um die gestritten wurde und die einigen Genossen Anlaß gaben, sich zu ereifern und einander ein paar Bissigkeiten an den Kopf zu werfen, viel zu subtiler Art sind, als daß die handfeste Demagogie unserer bürgerlichen Parteien mit ihnen viel anzufangen wüßte. Daß aber unsere Parteitage viel öfter theoretische und prinzipielle Fragen zu lösen haben als praktische politische, an welche letzteren sich die Gemüter am meisten zu entzünden pflegen, das liegt weniger an der Weisheit unserer Führer, als an der Enge und Zwangsläufigkeit des politischen Lebens in unserem kleinen und armen Lande.

Allerdings hat die deutschösterreichische Sozialdemokratie auch die Tradition maßvoller und zurückhaltender Diskussionen. Sie stammt aus einer Zeit, in der unsere deutschen Parteitage mit den „Gesamtparteitagen“ abwechselten. Auf den letzteren waren die Parteioptionen aller, das alle Oesterreich bewohnenden Nationen vertreten, und da ging es ganz anders zu, als auf den deutschösterreichischen Parteitagen. Von Jahr zu Jahr spitzten sich die Gegensätze zwischen deutschen und tschechischen, slowakischen und polnischen, ruthenischen Sozialdemokraten immer mehr zu. Sie zerrissen die Gewerkschaftsorganisationen, machten ein einheitliches Vorgehen der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament immer schwerer und schließlich unmöglich, und sie bewirkten auch, daß, solange überhaupt noch Gesamtparteitage abgehalten werden konnten, diese zu einem Schauplatz erbitterter Kämpfe wurden. Je mehr aber der Nationalitätenstreit an dem Bestand der Gesamtpartei rüttelte, um so mehr empfand die deutsche Organisation die zwingende Verpflichtung, sich den andersnationalen Organisationen gegenüber entgegenkommend zu zeigen und auch selbst mit dem guten Beispiel brüderlichen Zusammenarbeitens voranzugehen. Dadurch aber geriet die Austragung von Meinungsverschiedenheiten bei uns mehr in Mitleidenschaft, als es für die geistige Regsamkeit der Massen immer gut war. Auf solche Weise kam ein Teil unserer Parteitraditionen zustande, der andere Teil aber heißt — Viktor Adler. Die Existenz einer einzigen, alle anderen weit überragenden Persönlichkeit ist wenig geeignet, widerstreitende Meinungen zur vollen Geltung kommen zu lassen. Und wenn dann auch noch die politische Situation das Zurückhaltende grundsätzlicher Uebereinstimmung besonders stark erfordert, so bleibt für politische Debatten wenig Raum übrig. Die Tatsache, daß Viktor Adler die Partei schon zu einer Zeit führte und ihr zur Einigung verhalf, als sie noch sehr klein war, bewirkte, daß sein persönlicher Einfluß überalhin reichte. Strömungen, die seine Absichten zu durchkreuzen drohten, war selten ein Lebenslauf beschieden, der lang genug gewesen wäre, um sie bis zu einem Parteitag zu führen. Adler wußte sie schon an ihrem Ursprung zu fassen. Er setzte sich mit Genossen, die für eine von der seinen abweichende Meinung Anhänger fanden, in persönliche Berührung, wußte sie in den meisten Fällen zu überzeugen. Wenn das nicht gelang, so verstand er, sie wenigstens zu überreden, wobei ihm seine bestechende Lebenswürdigkeit und echte Herzlichkeit ebenso zu statten kam, als sein beherrschender Sarkasmus. Was er an fremden Ideen für brauchbar hielt, nahm er bereitwillig auf. Das war sehr oft wirklich alles, was daran brauchbar war, und wenn es nicht alles war, so fühlte sich doch der andere durch das Entgegenkommen des geliebten und bewunderten Führers so hoch erfreut und so sehr zur Dankbarkeit geneigt, daß er glaubte, auf den Rest verzichten zu sollen.

Adlers Einfluß auf die Genossen der anderen Nationen in Oesterreich war auch gewaltig, aber noch viel gewaltiger waren die Zerlegungstendenzen, die dem unnatürlichen Staatsgebilde innewohnten und denen sich auch das Proletariat nicht entziehen konnte. Ohne Viktor Adlers Einfluß wäre die sozialistische Internationale innerhalb Oesterreichs niemals zustande gekommen, und noch viel weniger hätte sie ohne diesen Einfluß viele Jahre hindurch funktionieren und der Arbeiterchaft große politische und wirtschaftliche Erfolge erringen können. Für die deutschösterreichische Arbeiterchaft aber war Adler nicht nur ein fast nie bestrittener Führer, sondern ebenso Lehrer und Erzieher. Neben anderen Tugenden hat er eine immer rege und immer tatbereite internationale proletarische Solidarität in ihr großgezogen und hat dadurch den Fluch, mit dem die Völker des Kaiserreiches durch ihr erzwungenes Zusammenleben belastet waren, zu

einem Teil in Segen umgewandelt. Nur hat der große Erzieher jenen Fehler nicht ganz zu vermeiden gewußt, vor dem die moderne Pädagogik so nachdrücklich warnt: er hat den Jüngling allzu sehr an seine Person fixiert und sich selbst dadurch der Gefahr ausgesetzt, im Falle eines Irrtumes der Korrektur durch das natürliche Widerstreben des bereits herangewachsenen Jünglings beraubt zu sein.

Die stumpfe Ergebung, mit der die deutschösterreichische Arbeiterchaft sich in den ersten Kriegsjahren unter ein entsetzliches Joch beugen ließ, und nicht einmal versucht hat, die Enderlösung des Parlamentes zu erzwingen, des einzigen Sprachrohrs, das den Völkern aller anderen kriegführenden Länder noch geblieben war, deutet darauf hin. Es mußten erst das ganze Elend der letzten Kriegsjahre, die Massenschächterei und die Niederlagen im Felde, die Wirkung des Attentats auf den Grafen Stürck, die russische Märzrevolution und schließlich das unerhörte Erlebnis dazu kommen, welches der Strafprozeß gegen Friedrich Adler für die Arbeiterchaft bedeutete, um den Massen die Schwäche der Herrschenden und die eigene Kraft zum Bewußtsein zu bringen und sie für die Revolution reif zu machen.

Der Generalstreik im Januar 1918 war gegen den Willen der Partei- und Gewerkschaftsinstanzen ausgebrochen. Aber einmal ausgebrochen fand er auch schon den Parteivorstand und die Gewerkschaftskommission an seiner Spitze und stand er auch schon unter dem Einfluß der höchsten geistigen Kraftentfaltung auf Seite des damals schon schwerkranken Führers, dem es noch vergönnt war, nicht nur teilzuhaben, sondern auch voranzugehen bei der Nachtergreifung durch das Proletariat.

Das Uebergewicht des Adlerschen Einflusses und die einzigartigen Verhältnisse, unter denen die deutsche Sozialdemokratie im alten Oesterreich ihre Geschlossenheit zu bewahren hatte, haben miteinander wohl auch den Austromarxismus gezeitigt. Wenn die österreichische Sozialdemokratie eine verhältnismäßig größere Anzahl bedeutender Theoretiker aufzuweisen hat, als andere Bruderparteien, so ist das vielleicht am richtigsten damit zu erklären, daß hier starke Talente in der praktischen Politik kein ausreichendes Feld für selbständige Betätigung fanden.

Die Ursachen, die bewirkten, daß es in der deutschen Sozialdemokratie des alten Oesterreich wenig politische Konflikte

gab, haben allerdings seit dem Umsturz ihre Geltung verloren. Aber die Verhältnisse im neuen Oesterreich wirken in gleicher Richtung auf das Parteilieben ein. Das österreichische Proletariat ist nicht der Versuchung ausgelegt, an dem Aufschwung und den Vorteilen imperialistischer Bestrebungen der Bourgeoisie zu partizipieren. Es fehlt auch die Verlockungen, die Teilnahme an der Regierungsgewalt mit allzu großen Zugeständnissen zu bezahlet. Nur in einer revolutionären Epoche war diese Teilnahme für die österreichische Sozialdemokratie erreichbar und notwendig. Sie wurde unmöglich, seit das Proletariat seine Kräfte nicht bloß mit denen der österreichischen, sondern auch mit denen der ausländischen Bourgeoisie zu messen hat, welcher die bürgerlichen Parteien für lange Zeit die Kontrolle über unsere Volkswirtschaft in die Hand gespielt haben.

Die kurze Epoche, während welcher das Proletariat der stärkste Faktor in der österreichischen Politik und Wirtschaft war, hat die Klasseninstinkte der Bourgeoisie mächtig gestärkt. Und die elende wirtschaftliche Lage des Landes hat noch das Uebrige dazu getan, um das Bürgertum darüber zu belehren, daß es sich den Luxus irgendwelcher differenzierender Ideologien nicht länger leisten könne, und daß in der österreichischen Politik vor allen anderen die Frage zur Entscheidung steht, ob die erdrückende Last, welche Krieg und Friedensschluß der Volkswirtschaft aufgeladen haben, vom Proletariat oder von der Bourgeoisie zum überwiegenden Teil getragen werden sollen. Mieterschutz, Arbeiterversicherung und Steuerpolitik sind die Fragen, neben denen alle anderen im Schatten stehen, und über sie gibt es innerhalb des Proletariats keine Meinungsverschiedenheiten. Dabei fällt sowohl die Bourgeoisie als auch die Arbeiterchaft, daß es in diesem Kampfe ums Ganze geht. Das organisierte Proletariat setzt alle Kräfte ein, um seine Geschlossenheit mit jedem Tag zu vermehren und sich dadurch für den Entscheidungskampf zu rüsten, und die Bourgeoisie wendet alle Mittel an, um sich noch so lange als möglich an der Herrschaft zu erhalten.

Wenn die Genossen irgendeines anderen Landes sich in einer ebenso zugespikten und zugleich so eindeutigen Situation befänden, so wären ihre taktischen Probleme nicht minder einfach und würden wohl auch ihre Parteitage ebenso friedlich verlaufen wie die unsren.

Aufmärsche in den Pfingsttagen.

Reichsbannertagungen in Heidelberg und Hagen.

III. Berlin, 7. Juni.
Anlässlich der Enthüllung einer Gedenktafel am Geburtshause des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert in Heidelberg fand in Heidelberg eine größere Reichsbanner-Rundung statt. In der verschiedenen bedeutende Persönlichkeiten der republikanischen Bewegung Stellung zu den Tagesfragen nahmen. Der badische Innenminister Kemmerle wies beim Auftakt zu der Feier darauf hin, daß es bei den nächsten Reichstagswahlen um die Wiedereroberung der Weimarer Koalition gehe. — General von Daimling erklärte, daß es auf den Geist antomme, von dem eine Bewegung besetzt sei. Der Bundespräsident Brüning betonte, daß die Kriegsgeschichte, trotz des Wankens des Reichsbanners, zum Frieden alle größer war, als jetzt. Durch Hausbrandt marschierte die Reaktion auf den Straßen. Das Reichsbanner sei kein großer Verein, sondern eine Schutztruppe der Republik. Seine Waffen seien jetzt geistige Waffen, aber es könnten auch Zeiten kommen, in denen mit anderen Waffen gekämpft werden müsse.

Reichstanzler a. D. Dr. Wirth betonte, daß das Reichsbanner eine Massenbewegung sei. Es komme jedoch auf den Geist an, der es besetze. Die Willkuren der Reichsbannerkammeraden müßten zum Staat geführt werden. Es komme darauf an, daß im nächsten Reichstags die dreifache Republikaner mehr seien und bis dahin die republikanische Regierung in Preußen zu erhalten. Wenn manche meinten, er sei ein verlornener Mann, so müsse er erwidern, er sei der konsequente deutsche Republikaner. Der Streit in seinem Parteilager sei ein Ringen um das gemeinsame Ziel der Republik. Er lehne es ab, unter der Parole: Jedem den Unglauben! in den Wahlkampf zu ziehen, da Kirche und Religion nie solche Freiheiten wie unter der Republik besessen hätten. Bernhard, Berlin, führte aus, daß Preußen vor der Revolution der Hort der deutschen Reaktion gewesen, heute aber die Hochburg der Republik und republikanischen Gesinnung sei.

IV. Hagen, 6. Juni.
Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Bezirk Westfalen-West hielt heute in Hagen einen Gaugang ab, an dem auch der frühere Reichstanzler Dr. Wirth teilnahm. Nach einem Umzug durch die Straßen begaben sich die nach Tausenden zählenden Reichsbannerleute mit ihren Fahnen in geschlossenem Zuge nach der Friedbrunnstraße, wo Dr. Wirth eine Ansprache hielt. Er wiederholte im wesentlichen seine jüngsten Ausführungen in Künigsberg, Wachen und Koblenz und erinnerte daran, daß Erzberger und Rathenau ihr Leben für Schwarz-Rot-Gold und für das deutsche Volk gegeben hätten. An die Reichsbannerleute richtete er die Aufforderung, sich nicht mehr für die Interessen anderer gebrauchen zu lassen, sondern sich bereit zu halten für den Tag, wo große politische Entscheidungen bevorstehen.

Ein Ebertdenkmal in Nordhausen.

SPD Nordhausen, 6. Juni. (Radio.)
Die Ortsgruppe Nordhausen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hatte zu Pfingsten die Kameraden Groß-Thüringens zu einem Gaultreffen eingeladen. In großen Scharen war den Einladungen Folge geleistet worden. Mit dem Gaultreffen war die Einweihung eines Denkmals für den ersten Reichspräsidenten Ebert verbunden. Am ersten Pfingsttag hielt Genosse Karl Severing die Wehrede vor dem Ebertdenkmal. 1849, sagte er, hätte der Nordhäuser Magistrat die damals einzige schwarzrotgoldene Fahne Nordhausens beschlagnahmen lassen und sie unter Beschluß genommen. Heute würde das nicht geschehen, das bewies die unübersehbare Mauer der Republikaner mit ihren schwarzrotgoldenen Bannern. Das beweise aber auch, daß die Republik nicht mehr, wie die Reaktionen behaupten, ohne Republikaner sei. Severing feierte dann Ebert als Politiker und als ersten Präsidenten der Republik.

Söring, Magdeburg sprach für den Bundesvorstand des Reichsbanners und Bürgermeister Borchardt übernahm das Denkmal in den Schutz der Stadt. Vertreter der Sozialdemokratischen und Demokratischen Partei legten Kränze am Denkmal nieder.

Rotfront in Berlin.

III. Berlin, 6. Juni.
Berlin sah gestern zum zweiten Male innerhalb weniger Wochen die Parade eines der großen Wehrverbände. Die Pole Front Berlins, verstärkt durch zahlreiche in den letzten Stunden

noch auf Lastkraftwagen eingetroffene starke Delegationen aus dem Reich, rückte von drei zentral gelegenen Sammelplätzen, dem kleinen Tiergarten, dem Rudow-Rosse-Platz und dem Lustgarten in langen Kolonnen nach dem hohen Norden der Stadt, wo im Schillerpark schließlich der Vorbeimarsch vor der Bundesfestung stattfand. Nach amtlichen Schätzungen, die der Umstand schwierig machte, daß von der Reichsbahn Sonderzüge überhaupt nicht bewilligt worden waren und daß demzufolge der Antransport der Roten Frontkämpfer vorwiegend auf Lastkraftwagen über die Landstraßen vor sich ging, sollen etwa 100 000 Teilnehmer über Pfingsten in Berlin gewesen sein. Diese Zahl ist aber dahin zu ergänzen, als der Rote Frontkämpferbund seine Mitgliederzahl für das ganze Reich mit etwa 75 000 Köpfen ehemaliger Frontsoldaten beziffert, von denen nur etwa 45 Proz. in der RFD organisiert sind.

Der Vergleich mit dem Stahlhelm liegt nahe. Es ist zu sagen, daß der Aufmarsch der Roten Frontkämpfer sehr viel imposanter wirkte und um sehr viel besser organisiert war. Allein der Umstand, daß der Stahlhelm in Berlin fast kein Publikum fand, während gestern die Arbeiterchaft Berlins die Frontkämpfer geradezu begeistert aufnahm und bewirkte — etwa 95 Proz. der Besucher hatten Privatquartiere gefunden — zeigt den Unterschied. Die riesigen Polizeiaufgebote, die den Stahlhelmligen den Charakter von Gefangenentransporten gaben, waren gestern auf ein Minimum reduziert. Die Heerhaufen der roten Front stellten ihre Ordner allein. Trotzdem gab sich die Polizei, darunter ganz frisch eingestellte Kräfte aus der Polizeihule Brandenburg, zum Teil reichlich nervös. Zu Zwischenfällen beträchtlichen Formats ist es nicht gekommen.

Parteitag in Brüssel.

SPD Brüssel, 4. Juni.
Am Sonnabend wurde im Brüsseler Volkshaus der Parteitag der belgischen Sozialdemokratie unter dem Vorsitz von de Brouckere eröffnet. Aus dem vorliegenden Bericht ergibt sich, daß die Stärke der Parteimitgliedschaft sowie der Gewerkschaften stabilisiert ist. Die Parteieinrichtungen machen stetig Fortschritte. Trotz der durch die allgemeine Lage bedingten großen Schwierigkeiten des letzten Jahres verzeichnete die Partei wichtige Fortschritte auch auf politischem Gebiet. So erlangte sie die Befreiung des lebensnotwendigen Lohnes von der Einkommensteuer, die Herabsetzung der Heeresdienstzeit auf zehn Monate, die Erneuerung des Mieterschutzes, die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Arbeitsdienst, die Stabilisierung des Franken ohne schwere Wirtschaftskrisen, die Schaffung einer Arbeiterwehr, vor der beginnende Faschistenbewegung sofort völlig verstummt. Die Gemeindevahlen brachten der Partei wesentliche Gewinne. Frauen- und Jugendbewegung machten aufstrebend starke Fortschritte. Im ganzen darf die Partei der Zukunft zuversichtlich entgegensehen.

Der Bericht des Parteivorstandes wurde nach kurzer Debatte, wobei die Gegner der Regierungsbeteiligung einen schwachen Vorstoß unternahmen, gutgeheißen. Beim Bericht der Parlamentsfraktion wurde eine scharfe Disziplin der Abgeordneten bei Abstimmungen gefordert. — Den Hauptgegenstand der diesjährigen Debatte bildete die Schulfrage, insbesondere die Entscheidung darüber, ob die Partei Staatszuschüsse auch an katholische Schulen weiterhin bewilligen soll.

SPD Brüssel, 7. Juni. (Radio.)

Der Parteitag der belgischen Arbeiterpartei ging am Dienstag mit der Annahme eines Reformprogramms für den Unterriht zu Ende. Eine lebhaft entwickelte Diskussion entwickelte sich dabei über die Frage der Gewährung von Staatszuschüssen für die katholischen Schulen. Mit Rücksicht auf die zahlreichen, zur Arbeiterklasse gehörenden katholischen Glanzen traten die flamischen Delegierten, an ihrer Spitze Minister Suyman, für eine Beibehaltung dieser Staatszuschüsse ein. Die endgültige Entscheidung soll dem Generalkrat der Partei und einer Kräftstimmung vorbehalten bleiben.

Studienreise Dr. Köhlers nach Lappland.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler begibt sich auf eine zehntägige Studienreise nach Schweden einschließlich Lappland, um die dortigen Wasserkräfte und Kraftwerke zu befragen. In seiner früheren Eigenschaft als badischer Finanzminister war er zuständig für die großen badischen Wasserkraftanlagen, und seinem jetzigen Posten, dem Reichsfinanzministerium, untersteht das größte auf Braunkohle ausgebaute Kraftwerk der Erde, das bei Fichornewitz in der Nähe von Wittenberg in Betrieb ist.

Die Mitgliederzahlen der KPD. Der Stand der kommunistischen Presse.

Der Bericht des Sozialdemokratischen Parteivorstandes hat unlängst den Stand der Bewegung, Mitgliederzahlen usw. vor der breitesten Öffentlichkeit offen dargelegt. Als im Februar der kommunistische Parteitag in Essen zumleitend, wartete man vergeblich auf derartiges Material. Die Kommunisten schreien in der Öffentlichkeit über den Fortgang ihrer Bewegung, scheuen sich aber konsequent, den zahlenmäßigen Beweis dafür anzubringen. Vor einiger Zeit veröffentlichte der Leiter des Organisationsbureaus für die Internationale der kommunistischen Parteien, des Effi, O. Platniski in der Zeitschrift Die kommunistische Internationale einiges Zahlenmaterial über den Stand der Bewegung. Darin befinden sich auch Zahlenangaben für die KPD, die jetzt von der Scholem-Urbahn-Ruth Fischer-Opposition der Vergessenheit entrissen werden. Diese gibt seit Beginn des Juni eine neue Zeitung heraus, Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, die nunmehr viermal pro Monat erscheinen soll. Ihr bisheriges Organ war auf einmaliges Erscheinen im Monat beschränkt. Aus der Erweiterung läßt sich erkennen, daß die oppositionellen Strömungen in der KPD noch fortwährend im Wachen sind, denn die Abnehmer dieser Zeitungen befinden sich in ihrer Mehrzahl im Rahmen der kommunistischen Partei.

Platniski teilt mit, daß die KPD im Oktober 1926 133 849 zahlende Mitglieder hatte.

„Dazu ist zu bemerken“, so heißt es in der Fahne des Kommunismus, „daß jeder Kenner weiß, welche Kunststücke bei der Abrechnung der Beiträge in der Zentralkasse der KPD sehr leicht werden, um auch nur solche Zahlen dem gestrongen Platniski melden zu können und ferner, daß seit dem Oktober 1926 die Mitgliederzahl der KPD bestimmt noch zurückgegangen ist, was ja aus der Zimmerrede Dengels auf dem 11. Parteitag ziemlich deutlich hervorgeht.“

Die „orthodoxen Marxisten-Leninisten“ stellen fest, daß im ersten Quartal 1926 „also nicht nach einem Monat gerechnet“, 140 000 Mitglieder gezählt worden seien. Dies, obwohl keine gefälligen Abrechnungslisten verwandt worden seien.

Die Auflage der KPD-Presse, die insgesamt über 37 Tageszeitungen verfügt, berechnet Platniski für die gleiche Zeit, also für Oktober 1926 auf 282 707. Danach kämen auf 1 Parteimitglied 2,11 Abonnenten der Parteipresse. Die Fahne des Kommunismus bemerkt zu den Rechenmethoden des Organisationsleiters im Effi:

„Nun, ein Leiter der Organisationen der Komintern braucht anscheinend nicht zu wissen, daß die Aufzählungen der Abonnentenziffer durchaus nicht entspricht. Die Auflagenziffer ist selbstverständlich viel höher als die Abonnentenziffer, so daß bestimmt noch nicht einmal 200 000 Abonnenten da sein werden. Der gute Platniski weiß natürlich auch, worauf dieser schlechte Abonnentenzustand zurückzuführen ist. Die Parteipresse, so schreibt er, „beschränkt sich allzu viel mit Fragen der innerparteilichen Meinungsverhältnisse und Strömungen“. Das ist eine allzu milde Bezeichnung für die ewigen Stänkereien, die als „Diskussion“ geboten werden und unpolitische Geschimpfe sind.“

Zu einer Beurteilung der häuslichen Differenzen im Lager der Kommunisten sind die „orthodoxen Marxisten-Leninisten“ zweifellos die geeignetste Stelle, so daß ihren Äußerungen nicht hinzugefügt zu werden braucht. Interessant sind noch die Zahlenangaben Platniskis für Berlin-Brandenburg. Er schreibt:

„Die Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg hat seit dem 1. Januar 1924 bis zum 28. Oktober 1926 34 218 Parteimitglieder ausgestellt. Ende 1926 zählte aber die Organisation 17 218 Mitglieder, 37 000 Mitglieder waren also der Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg beigetreten, um sie nachher wieder zu verlassen. (1926 traten aus der Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg 4688 Mitglieder aus, d. h. um 1926 über 20,3 Prozent mehr, als in die Organisation aufgenommen wurden. In der ersten Hälfte des Jahres 1926 traten 4780 Mitglieder aus, d. h. 21,7 Prozent.)“

Auch in den anderen kommunistischen Parteien ist der Mitgliederchwund eine ständige Erscheinung. Platniski berichtet, daß die KPD Englands in der Zeit vom April bis Oktober 1926, also während des Bergarbeiterstreiks 8000 neue Mitglieder gewonnen habe, daß aber bis Ende 1926 ein großer Teil dieses Gewinns bereits wieder verloren war.

Die kommunistischen Parteien aller Länder leben in der Hauptsache von dem Geschäft, daß sie selbst erzeugen. Das ist ihr Lebenselement, weil sie andererseits gezwungen sind, die Politik der Sozialdemokratischen Partei mitzumachen. Das ist der Kern der tiefen inneren Krise, die über alle kommunistischen Parteien heringebrochen ist. Jeder denkende Arbeiter sieht ohne weiteres ein, daß auf der gleichen politischen Linie zwei Arbeiterparteien eine historische Existenzberechtigung nicht mehr haben.

WTB Moskau, 5. Juni. (Telegr. Agentur d. Sowjetunion.)

Das Plenum des Moskauer Komitees der kommunistischen Partei hat nach einem Referat Bakharins über die Ergebnisse der letzten Tagung der Exekutiv der Komintern eine Entschließung angenommen die den Ausschluß Trozki und Sinowjews aus dem Zentralkomitee der kommunistischen Partei verlangt.

Terror-Wahlen in Bulgarien.

SPD Sofia, 5. Juni.

Das Ergebnis der bulgarischen Wahlen, das der Regierungspartei eine schon fast absolute Mehrheit, nämlich nach den endgültigen Ziffern 170 Mandate von der 273 zählenden Volksvertretung sichert, ist nicht überraschend. Das elende Wahlsystem hat seine ganz natürliche, schändliche Auswirkung gezeigt, wie man sie erwarten mußte. Mit 48 Prozent der Stimmen hat die „demokratische“ Vereinigung nahezu 70 Prozent aller Mandate „erobert“. Triumphierend verkündet ihr auf Staatskosten gezüchteter Blätterwald (in Sofia sind es allein 7 Organe), daß dieser Erfolg ein Sieg der Vernunft, ein Sieg des Friedens und ein Sieg über die dunklen Elemente des herrschenden Internationalismus sei, und die hinsichtlich ihrer zerbombigten Nachbarn zur Genüge bekannte offizielle Telegraphenagentur verbreitet im Auslande, daß die Wahlen ruhig und ohne Zwischenfälle, „bei vollster Freiheit“ vor sich gegangen seien.

Was aber ist die Wirklichkeit? — Grauenvoller Terror, wie ihn die politische Geschichte des bulgarischen Volkes bisher nie gekannt hat. Kein vernünftiger Mensch hätte erwartet, daß die Wähler ohne jede Gewalttat führen würden. Während der Ministerpräsident Blaptschew mit der ihm eigenen pseudo-demokratischen Geste und Feiertätigkeit wiederholt unbedingte Wahlfreiheit versprochen, wurden Polizei, Spitzel, Armeen und unverantwortliche Faktoren mobil gemacht, die das Land faktisch in einen Ausnahmezustand setzten. Dem freien Führer der Sozialisten, Janko Salsoff, der als erster Eisenkandidat im Bezirk Jambol aufgestellt war, war es z. B. einfach unmöglich, auch nur in einem der mehr als 30 Ortschaften eine Wahlversammlung abzuhalten. Gendarme

und Soldaten hatten sich an seine Person geheselt und forderten ihn liberal unter Drohungen auf, Scheunigt die Orte zu verlassen. Mit vorgehaltenem geladenen Gewehr und aufgespanntem Bajonet wurde auch die kleinste Ansammlung auseinandergepresst. Nur die Besonnenheit von Salsoff verhinderte Blutvergießen. Im gleichen Wahlbezirk wurde der zweite Eisenkandidat, ein Bauernpartei, fast zu Tode geschlagen.

Die Oppositionskandidaten wurden überall von ihren Partei- und Koalitionssparten getrieben, ihre Wohnungen zu meiden, damit sie sich nicht der Rache und den Grausamkeiten der Regierungsbehörden aussetzen. In Pestowik und vielen anderen Dörfern wurden Bomben und Steine gegen die Häuser bekannter politischer Gegner geschleudert, Revolvergeschosse abgegeben, und zu Hunderten wurden Chausseure und Kutscher mißhandelt, die Wählerbedürfnisse förderten. Die Gewalttätigkeiten verstärkten sich nach am Wahltage. In entzweiten, abliegenden Dörfern wurden die Wähler wie Schafe zur Wahlurne geführt. In den meisten Wahlbureaus hausten die Anhänger der Regierung schrankenlos. Bauern und Arbeiter, die den Mut fanden, sich zu widersetzen, wurden bis zur Bewußtlosigkeit mißhandelt. Sogar in Sofia scheute man nicht vor Einschüchterungsversuchen und terroristischen Übergriffen zurück.

Trotz alledem hat die Regierungspartei in allen Städten eine Niederlage erlitten, an erster Stelle in Sofia, wo sie von 51 Mandaten nur vier erhielt. Diese Tatsachen sprechen dafür, daß die Wähler bei voller Wahlfreiheit und unter dem früheren Wahlsystem mit dem Kreisproportionaler fast leer ausgegangen wären. Mit Recht stellt daher die gesamte Oppositionspresse ohne Unterschied der parteipolitischen Schattierungen fest, daß die Regierungsmehrheit in der neuen Sobranje nicht das Volk repräsentiert, sondern das blutige Produkt des polizeilichen und fahstischen Terrors ist.

Südslawien und Albanien. Ein neuer Konflikt.

Am 27. Mai wurde der bei der südslawischen Gesandtschaft in Tirana als Dolmetscher tätige Dragoman Djuraskowitsch wegen einer „gegen die Sicherheit des Staates gerichteten Tätigkeit“ verhaftet. Daraufhin erhob der südslawische Gesandte in einer Note scharfen Protest gegen diese Verhaftung. Verhandlungen schienen eine Beilegung des Konfliktes zu ergeben. Am Sonnabend erklärte sich die albanische Regierung bereit, den verhafteten Dolmetscher sofort auf freien Fuß zu setzen, wenn der südslawische Gesandte einige Ausdrücke seiner Note zurücknehmen würde. Dies ist nicht geschehen, vielmehr verlangte der südslawische Gesandte die Freilassung und hat am Pfingstsonntag mit dem gesamten Personal der Gesandtschaft Tirana verlassen. Die albanische Regierung hat in einem Telegramm dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Darstellung über den Konflikt zugehen lassen.

Ein neues Kabinett in Rumänien.

WTB Bukarest, 5. Juni.

Fürk Stieben hat ein neues Kabinett gebildet, in dem er den Posten des Ministerpräsidenten und des Innenministers selbst und einstellend auch die Geschäfte des Finanzministers und des Außenministers wahrnimmt. Die übrigen Ministerien sind folgendermaßen besetzt: Domänen: Argoretion, gleichzeitig mit den Geschäften des Handelsministers beauftragt; Justiz: Stelian Popesco; Dessenlicher Unterricht: Lupu, gleichzeitig mit den Geschäften des Gesundheitsministers beauftragt; Kultur: Popobatu, gleichzeitig mit den Geschäften des Arbeitsministers beauftragt; Krieg: General Ungulesco; Verkehr: Dumitru, gleichzeitig mit den Geschäften des Ministers für öffentlichen Verkehr beauftragt. Unterstaatssekretär im Innenministerium: Capitanianu. Die neuen Minister werden ihre Ämter im Laufe des heutigen Tages übernehmen.

Das Parlament wird aufgelöst. Die Neuwahlen finden innerhalb 30 Tagen statt.

Schon seit Wochen wurde mit der Umgestaltung der rumänischen Regierung geredet. Eine strenge Zensur über die Presse verhinderte das Bekanntwerden der besonderen Umstände, unter denen der Rücktritt der Regierung Awerescu erfolgte. Erst am Freitag wurde von einer Bukarester Zeitung mitgeteilt, daß bereits am 28. Mai der König Awerescu beauftragt hatte, mit den anderen Parteien über die Bildung eines Konzentrationskabinetts zu verhandeln; das Ergebnis sollte am 4. Juni vorliegen. Die Bemühungen Awerescus hatten keinen Erfolg, und so kam es zur Bildung des neuen Ministeriums Stieben, in dem die Volkspartei Awerescus nicht vertreten ist. Die neue Regierung, die sich als „Wahlministerium“ bezeichnet, wird innenpolitisch sicher mit den gleichen diktatorischen Mitteln regieren wie die vorausgegangenen Kabinette Awerescu und Bratianu. Wie sich Stieben außenpolitisch verhalten wird, wird man abzuwarten haben. Bei der Regierungs- umbildung war Bratianu die treibende Kraft, und er hatte in der letzten Zeit Awerescu den Vorwurf gemacht, daß er die rumänische Außenpolitik zu eng an Italien binde und die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich vernachlässige.

Waffenstillstand zwischen Nord- und Südchina?

W London, 6. Juni.

Wie aus Hongkong berichtet wird, ist der Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen dem Norden und dem Süden wahrscheinlich. Die chinesische Presse bemerkt, daß die wichtige Begegnung des Waffensstillstandes die Zurückziehung der Truppen Tchangshilins nach der Mandchurie sein wird, während sich die Südruppen hingegen verpflichten sollen, nicht nach Norden zu folgen. Berichte vom Jangtse sprechen bereits davon, daß allgemein ein Stillstand in den Truppenbewegungen zu verzeichnen sei.

Die Saar-Regierung.

Der neue Vorsitzende.

SPD Genf, 4. Juni.

Die Wahl des englischen Diplomaten Jones Wilson zum neuen Vorsitzenden der Saar-Regierung wird hier bestätigt. Die offizielle Ernennung wird jedoch erst in einigen Tagen bekanntgegeben werden. Sie erfolgt in Uebereinstimmung mit dem italienischen Völkerbundsdelegierten Scialoja gemäß einem Auftrage des Völkerbundsrates durch dessen gegenwärtigen Präsidenten des Rates Dr. Stresemann.

SPD Genf, 4. Juni.

Der deutsche Reichsaussenminister beharrt, wie wir erfahren, in einem weiteren Telegramm an das Völkerbundssekretariat darauf, daß die Wemselfrage auf die Tagesordnung der Junisitzung des Völkerbundsrats gesetzt wird. Alle Fristen seien richtig eingehalten worden und die Verhandlungsgründe Vitarens erscheinen nicht stichhaltig.

Aus dem bayerischen Ordnungsstaate. Staatsrenten für Dutschisten. — Gehaltsabzüge für hungernde Beamte.

Die Nationalsozialisten im bayerischen Landtag haben dieser Tage die Unverfrorenheit befohlen, für die Hinterbliebenen ihres bei der Rauferei in München um Leben gekommenen Parteilangehörigen eine staatliche Rente in der Höhe der den Hinterbliebenen eines im Felde gefallenen Kriegsteilnehmers (1) zuzuflehen Rente zu verlangen. Die Antragsteller können sich dabei auf einen Präzedenzfall berufen, den die bayerischen Behörden vor Jahren sanktioniert haben. Hier handelt es sich um den jogen. Leibadulanten Hilters, einen städtischen Freibankmeyer in München, der während des Hitlerputsches bei der Schießerei am Odeonsplatz zu Schaden gekommen ist. Dieser Meyerger, der als Sinnbild deutscher Treue im Hitlerprozeß so gefeiert und hernach mit einem Sibiriamanndat belohnt wurde, besteht für seine Verwundung — man höre und staune — auf Grund des Kriegspersonenschadengesetzes in Verbindung mit dem Reichsversorgungsgesetz seit Januar 1924 eine 60prozentige Rente!

Wenn man weiß, wie schwer und wie lange oft Schwerverwundete um den Bezug ihrer Rente kämpfen müssen, so ist die Tatsache, daß ein an einem hochverräterischen Unternehmen Beteiligten für die dabei erlittenen Schäden Rente zugesprochen erhält, geradezu aufreizend. Aber in der bayerischen Ordnungsgesellschaft ist schließlich alles möglich. Allerdings kann man sich in München darauf berufen, daß ja auch das Reich den Kappisten- generalen, die gegen die Republik mit Waffengewalt kämpften, die hohen Pensionen weiterzahlt. Trotzdem wäre es wohl angebracht, daß sich der Reichsarbeitsminister einmal um den Stand der, besonders aufreizenden Münchener Fälle kümmern würde.

Was andererseits in dem weisblauen Ordnungsstaate möglich ist, zeigt ein anderer Fall, über den die bayerische Gemeindebeamtenkammer folgendes mitteilt: Der Bezirk Wasserburg ist teilweise leistungsunfähig geworden und hat ab 1. Juni die Bezüge seiner Beamten um die Hälfte gekürzt. Da sich die meisten Beamten in Gruppe 2 der staatlichen Besoldungsordnung befinden, erhalten diese nur mehr Bruchteile der Emergensbezüge als Gehälter ausgezahlt und können sich daher selbst den notwendigen Lebensunterhalt nicht mehr beschaffen. Die bayerische Gemeindebeamtenkammer ist bei den zuständigen Staatsministerien vorstellig geworden, damit wenigstens durch eine einstweilige Kostendachnahme im Bezirk Wasserburg wieder geordnete Verhältnisse hergestellt werden.

Ja, es herrscht eine wunderbare „Ordnung“ im Ordnungsstaate Bayern!

Tschitscherin in Baden.

Heute Besprechung mit Stresemann.

WTB Baden-Baden, 6. Juni.

Tschitscherin ist heute 21 Uhr im Auto mit seinem Sekretär hier eingetroffen und hat im Hotel Holland Wohnung genommen. Besprechungen zwischen dem Reichsminister Dr. Stresemann und Tschitscherin haben heute noch nicht stattgefunden. Wie verlautet, werden die beiden Minister morgen mittag zusammen speisen und am Nachmittag eine Besprechung haben.

Frau Kollontaj kommt nach Deutschland.

WTB Braccara, 6. Juni.

Die Sowjetgesandtin in Mexiko, Alexandra Kollontaj, hat sich in Begleitung ihres Privatsekretärs auf dem Jagdampfer Rio Panuco eingeschifft, um sich zu einem dreimonatigen Ferienaufenthalt nach Deutschland zu begeben. Sie erklärte, sie werde im September nach Mexiko zurückkehren.

Frankreich „beobachtet“.

SPD Paris, 4. Juni (Radio).

Frankreich wird sich auf der Seeabrickungskonferenz der drei Staaten Amerika, England und Japan, die am 21. Juni in Genf beginnt, durch einen „Beobachter“ vertreten lassen, der dem Gang der Verhandlungen „nur von außen folgen“, aber nicht im mindesten in die Debatte eingreifen soll.

Thüringische Anleihe für Wohnungsbau.

Der durch die frühere thüringische Ordnungsregierung völlig vernachlässigte Wohnungsbau hat am Donnerstag durch einen erfolgreichen Vorstoß der SPD einen wesentlichen Impuls erhalten. Die SPD hatte beantragt, zur Förderung des Wohnungsbaus eine Staatsanleihe von 10 Millionen Mark aufzunehmen, deren Zinsendienst durch die Eingänge der Mehrwertsteuer gedeckt werden soll. Dieser Antrag wurde am Donnerstag vom Landtag angenommen. Das Parlament hat sich darauf bis nach Pfingsten vertagt.

Der Etat für 1927 soll nach den Wünschen der augenblicklichen Regierungsparteien erst im Herbst eingebracht werden, und zwar, wie man annimmt, um den Meinungsverschiedenheiten unter den Regierungsparteien möglichst lange aus dem Wege zu gehen.

Aufgehobene Immunität.

Die Hamburger Bürgerchaft genehmigte die Anträge des Wechselsordnungsausschusses auf Strafverfolgung des Abgeordneten Abel, des Herausgebers der Hamburger Nachpost, wegen Beleidigung, Vergehens gegen das Pressegesetz, Expressung und Meineides sowie auf Aufhebung der Immunität des sozialdemokratischen Abgeordneten Bergmann, der wegen Landfriedensbruchs, Nötigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt in Anklagezustand versetzt ist. Der letztere Antrag gab Anlaß zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen der rechten und linken Seite.

Die Amnestie in der Tschechoslowakei.

WTB Prag, 1. Juni.

Der Präsident der Republik hat anfänglich seiner Wiederwahl die bereits angekündigte Amnestie erlassen. Die Amnestie erstreckt sich auf Vergehen und Uebertretungen nach dem Gesetz zum Schutze der Republik und nach dem Terrorgesetz. Die bereits eingeleiteten Verfahren werden eingeleitet. Die Strafen werden, sofern sie nicht mehr als einen Monat betragen, erlassen, Geldstrafen werden überhaupt erlassen.

Lansdowne gestorben. Der frühere englische Außenminister Marquess of Lansdowne ist am Freitag in London gestorben.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Georg Kuch in Leipzig.

Verantwortlich für den literarischen Teil:

Hugo Schiff in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Unser heutiges Gesamtanliegen liegt ein Prospekt der Nr. 2, unter H. Schulze & Co., Berlin W. 30, bel. Wir empfehlen denselben der Beachtung unserer Leser.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Reichstagung der Jungsozialisten in Dresden.

Sonntag, den 5. Juni, 10 Uhr, wurde im Volkshaus Dresden-Strichen die Reichstagung der Jungsozialisten eröffnet. Am Abend vorher fand im Jüdischen Bäckerei ein Begrüßungsabend statt, an dem Genosse Arzt im Namen der Dresdner Parteioffensive die Tagungsteilnehmer in warmen Worten begrüßte und die gute und enge Zusammenarbeit zwischen den Jungsozialisten und der Partei in Dresden betonte. Insgesamt nahmen an der Reichstagung 81 stimmberechtigte Delegierte teil, die 73 Ortsgruppen vertraten, außerdem waren anwesend die Mitglieder der Reichsleitung, ferner Genosse Crippen als Vertreter des Parteivorstandes, Genosse Weitzel als Vertreter der Sozialistischen Arbeiterjugend sowie zahlreiche Gäste, die zum Teil auch aus dem Ausland gekommen waren. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand das Referat des Genossen A. Stein. Unter dem Thema Die Jungsozialisten und die Arbeiterbewegung zeigte er die Probleme der gegenwärtigen Arbeit der Jungsozialisten auf und wies auf die praktischen Möglichkeiten dieser Arbeit hin. Die Aufgabe der Einbeziehung der Jugend in den politischen und gesellschaftlichen Kampf sei dringender denn je, da nur ein geringer Prozentsatz der Partei unter den jüngeren Altersgruppen von 20 bis 30 Jahren zu finden sei. Das Mißverhältnis, das offensichtlich vorhanden sei, finde seine Ursachen zu einem Teil im letzten Kriege, der eine Wunde in den Generationen der noch lebenden Menschen eingerissen hat. Weitere Faktoren mögen auch in den Erschütterungen zu finden sein, die die Arbeiterbewegung seit 1914 erlitten habe. Die Einheitsfront der Partei, die vor dem Kriege in ihrer scharfen Opposition die verschiedensten Elemente in sich vereinigte, habe zunächst nur das Ziel bürgerlich-demokratischer Forderungen im Gegensatz zum Monarchismus. Trotzdem die Geschlossenheit der gesamten Arbeiterbewegung seit dem Kriege verlorengegangen sei, könne man heute wohl sagen, daß die Unerschütterlichkeit der Sozialdemokratischen Partei erwiesen ist, wenn auch die Erkenntnis der neuen Aufgaben heute noch nicht überall vorhanden sei. Nicht unwesentlich für die Tatsache, daß sich junge Menschen von der Arbeiterbewegung abwenden, sei wohl der Umstand, daß mit der politischen Entscheidung, die sie zu treffen habe, auch eine gewisse Qual der Wahl verbunden sei. Am solchen inneren Konflikten aus dem Wege zu gehen, finden manche es leichter, sich irgendwo an der Peripherie der Arbeiterbewegung ein sicheres Plätzchen zu suchen, um vielleicht in Lebensreform neue Menschen zu schaffen. Neue Menschen werden aber nicht abseits des großen politischen und gesellschaftlichen Kampfes gefunden, und wer etwa glaube, hier die Geschichte überlisten zu können, würde von ihr selbst überlistet. Nur zu oft verberge sich hier die Furcht vor der Verantwortung und die Feigheit vor der Entscheidung.

Der freiheitlich romantische Uberschwang und die Staatsbejahung der Sozialisten, die aus falscher Erkenntnis in bürgerliche Ideologien hineinstiegen, seien heute überwunden. Und das dritte Stadium der Jungsozialisten, der Rückkehr zum Marxismus und der Realität des politischen Kampfes bringe die Bewegung gleichzeitig von der Problematik zur Aktivität. In jedem Falle werden die Jungsozialisten in ihrem Verhältnis zur Partei nie ein Staat im Staat sein und in ihrer Arbeit nie in Sekundiererei verfallen dürfen. Die geistige Schulung in den Stuppen, die darauf gerichtet sein müsse, werdend in den Kreisen des gesamten Jungproletariats zu wirken und die kulturellen Aufgaben, die den Jungsozialisten als Jugend besonders zufallen, müssen immer wieder darin gipfeln, den politischen Willen zu bilden und jene Leidenschaft zu wecken, die diese Welt nicht nur erkenne, sondern auch verändern will.

Mit lebhaftem Beifall wurden die Ausführungen des Genossen Stein, die als besondere Werkschrift herausgegeben werden sollen, aufgenommen und gaben gewissermaßen als ein Schlüssel der bisherigen Richtungskämpfe, die seit rund einem Jahr überwunden sind. In nachfolgender Resolution nahm die Konferenz eine programmatische Erklärung für die Arbeit der kommenden Jahre an.

„Die Dresdner Reichskonferenz der Jungsozialisten vom 5. Juni 1927 betont angeht die Zuspitzung der sozialen Gegensätze in Deutschland die Notwendigkeit stärkerer Aktivität aller proletarischen Kräfte auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

In diesem Kampfe gegen die kapitalistischen Klassen und jener Reaktion, der getragen sein muß vom Willen zur Überwindung der politischen Macht, fällt den Jungsozialisten die Aufgabe zu, in den Reihen des Jungproletariats für die Ideen des Sozialismus zu wirken und der Sozialdemokratischen Partei neue Kämpfer zuzuführen.

Dieser Aufgabe können die Jungsozialisten nur gerecht werden, wenn sie als untrennbarer Bestandteil der Partei Hand in Hand mit der Organisation regsten Anteil an der Bildungs- und Kulturarbeit nehmen und das Erkenntnisgut des Marxismus, das die Grundlage jedes Wirkens bildet, als stärksten Waffen im Kampfe um ihre sozialistischen Ideale benutzen und für seine Verbreitung wirken.

Die Reichskonferenz erneuert ihr Bekenntnis zum internationalen revolutionären Klassenkampf des Proletariats und richtet an alle jungen Proletarier die Aufforderung, sich einzugliedern in die sozialdemokratische Bewegung und der gesamten Arbeiterbewegung treue Kräfte zuzuführen, die den großen Aufgaben des proletarischen Befreiungskampfes gewachsen sind.“

Als zweiter Redner erstattete Genosse Lipinski den Geschäftsbericht.

Er konnte auf die erfreuliche Festigung der jungsozialistischen Bewegung hinweisen, die sich seit Herbst im engsten Einvernehmen mit der Parteioffensive entwickelt. Die inneren Spannungen und Gegensätze sind beseitigt. Die Auflage der jungsozialistischen Blätter hat sich in den letzten Jahren auf über 4000 Abonnenten gehoben und die Jungsozialistische Schriftenreihe fände im allgemeinen guten Anklang. Der Redner ging sodann auf die vorliegenden Anträge ein, die in der anschließenden Debatte eingehend behandelt wurden. Von diesen Anträgen seien nur einige erwähnt. Die Konferenz beschloß den Austritt aus dem Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände. Ein Antrag auf Wiederaufnahme von Utermann-Verfallenen, der ja bekanntlich gemeinsam mit Walter Otto-Beitz wegen seines parteiförmigen Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen wurde, fiel lang- und kläglich unter den Tisch. Der einzige Vertreter dieser Säulenheiligen, die sich selbst zum Märtyrer machen wollen und sich in keiner Weise der Partei innerlich verbunden fühlen, ein Genosse aus Westfalen, mag aus dieser Ablehnung seiner Verurteilung, kommunistische Zellenarbeit zu leisten, die nötigen Konsequenzen ziehen. Wie Engelbert Graß als Redakteur der Jungsozialistischen Blätter formulierte: von langanhaltendem Beifall begrüßt und begleitet: „Wir stehen zur Partei und wir tun das ohne Vorbehalt. Wir lassen uns deswegen die eigene Meinung nicht verbieten, aber wir gehen mit der Partei durch die dick und dünn.“ In dieser einfachen Formulierung liegt vielleicht das Geheimnis der inneren Umstellung, die sich in der Jugend gegenwärtig vollzieht und die in dem Gefühl der untrennbaren Verbundenheit von Jugend und Partei ihren Ausdruck findet.

Sozialisten.

500 Monarchisten! Bei den Warschauer Kommunalwahlen traten zum erstenmal auch die Monarchisten mit einer eigenen Liste auf. Sie erhielten nur 500 Stimmen, während die Kommunisten, deren Liste von vornherein für unglücklich erklärt worden war, 70 000 auf sich vereinigten. Von dieser schweren Niederlage dürften sich die Monarchisten kaum erholen.

Die Brotpreise steigen!

Seit Monaten wird von den Getreidemärkten der Welt ein fast ununterbrochenes Steigen der Preise gemeldet. Wir haben darüber mehrfach berichtet und dabei auch erkennen lassen, in wie außerordentlich hohem Maße unter dem Einfluß der deutschen Zollpolitik und der Geschäftsgebarung der Reichsgetreidegesellschaft die Preise speziell in Deutschland angezogen haben. Es ist fast beklügend, in der bürgerlichen Presse jeweils die Erklärungen für diese Erscheinung zu lesen. Es ist zwar so, daß während des ganzen Jahres die Saatenstandsberichte und Ernteschätzungen über die in den verschiedensten Teilen der Erde wachsenden Getreidemengen die Preise fortwährend beeinflussen. Dabei ist aber die wirkliche Lage weit weniger ausschlaggebend, als wie sich jeweils nachträglich erweist, die lange Serie von Tendenzmeldungen, die von interessierter Seite verbreitet wird. Das Brotkorn der Menschen, insbesondere der Weizen, ist Objekt der umfangreichsten Spekulationen, die an den Warenmärkten der kapitalistischen Welt vorgenommen werden.

Zuletzt wird eine neue Aufwärtsbewegung der Weizenpreise mit Befürchtungen für die Einfuhr des Frühjahrweizens in Kanada erklärt. Welt in Kanada die Weizenkauf überwiegend erst im Frühjahr, und zwar meist im Verlauf des Mai erfolgen kann (im vergangenen Jahre wurden nur 22 Millionen Herbstweizen, dagegen 394 Millionen bulgarischer Frühjahrweizen geerntet), soll der kalte Mai zu Befürchtungen Anlaß geben. Es soll nur mit Verpätung möglich gewesen sein, die Saat in die Erde zu bringen, und wenn nun der Winter frühzeitig einsetzt, wird, so soll zu erwarten sein, daß die Frucht nicht den Erwartungen der winterrichten Jahreszeit so vollständig entzogen werden kann, wie es für die Qualitätsbildung notwendig ist.

Das große „Wenn“ in dieser Argumentation deutet genügend darauf hin, wie vage die landüblichen „Befürchtungen“ sind und wie wenig eigentlich derartige Nachrichten als wirkliche Grundlage für die Preisbildung angesehen werden können: Erster sind die Verluste zu beurteilen, die im Zusammenhang mit den großen Hochwasserkatastrophen dieses Frühjahrs in Nordamerika eingetreten sind. Aber in allen diesen natürlichen Schwierigkeiten liegt die Hochbewegung der Preise tatsächlich nicht begründet. Viel wesentlicher ist die internationale Monopolisierung des Getreidemarktes, die kürzlich einen außerordentlichen Fortschritt gemacht hat und es den Produzenten gestattet, Tendenzmeldungen der erwähnten Art systematisch auszugeben.

In den Vereinigten Staaten fand in Kansas City vor wenigen Tagen eine internationale Weizenpool-Konferenz ihren Abschluß, an der sich alle Weizenexportstaaten außer Großbritannien beteiligt haben. Gelegentlich dieser Konferenz ist mitgeteilt worden, daß in Kanada bereits 60 und in Australien 50 Prozent der Weizenenergie von nationalen Pools (Vereinigungen von Produzenten zur „Regulierung“ der Preise durch entsprechende Abgabe der Weizenbestände) kontrolliert werden. In den Vereinigten Staaten sollen zwar erst 5 Prozent der Weizenenergie gepoolt sein, dort will aber die Bundesregierung Mittel zur Errichtung eines Zentralinstituts bereitstellen, das die Ausfuhrbeschlüsse der Weizenenergie auffaßt, d. h. für den Weltmarkt monopolisieren soll.

Bei der Konferenz in Kansas City schienen sich die Australier für den staatlichen Zwangspool ein, und sie wurden in dieser Forderung von den Vertretern Sowjetrußlands unterstützt. Die russischen Vertreter haben erklärt, daß Rußland nicht die Absicht habe, durch seine Preispolitik den übrigen Getreideexportländern (das heißt den internationalen Getreidekapitalisten) zu schaden. Man verfolge im Gegenteil in Sowjetrußland den Gedanken einer internationalen Zusammenarbeit mit großem Interesse. Für diese internationale Zusammenarbeit ist schließlich ein internationales Bureau eingerichtet worden, das systematisch auf den Weltweizenpool-Markt einwirken soll.

Unter diesen Umständen liegt es um die Gestaltung der Brotpreise, die für die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung das größte Interesse hat, außerordentlich bedenklich aus. Die Agrarkapitalisten der ganzen Welt verbünden sich aufs engste, um ein, wie sie sagen, „gerechtes Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft“ herzustellen in der Weise, daß sie dieses Gleichgewicht auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausbalancieren. Dabei gehen sie einträchtig Hand in Hand mit den Vertretern Sowjetrußlands, die natürlich erklären, daß sie damit die Weltrevolution fördern wollen. Wie gegen manche andere Moskauer Methode, die internationale Arbeiterklasse zu revolutionisieren“, hat das Proletariat auch gegenüber dieser Methode alle Veranlassung, sich zur Wehr zu setzen. Im Kampf um die Erhaltung und Steigerung der Realloöhne ist die Lage der Arbeiter schon bei der einseitigen Frontstellung gegenüber dem Industriekapitalismus schwierig genug. Wenn gleichzeitig ein Generalangriff des Agrarkapitalismus einsetzt, so kann man ohne besondere prophetische Gabe voraussetzen, daß die nächsten Jahre von dem erbittertesten Kampfe der Arbeiterschaft um die Erhaltung des gegenwärtigen Lebensniveaus erfüllt sein werden.

Preiskontrolle bei Kohle — Preiswucher bei den Nebenprodukten.

Außerhalb des Machtbereichs der gemeinwirtschaftlichen Kohlenwirtschafts-Organen (Reichskohlenrat und Reichskohlenverband), an denen Arbeiter und Verbraucher neben den Unternehmern beteiligt sind und die, wie die letzten Ereignisse gezeigt haben, bei vereinigtem Druck der Arbeiterschaft und Verbraucherschaft und mit Unterstützung der öffentlichen Meinung trotz aller Mängel der bestehenden Gesetzgebung, die Interessen der Gesamtwirtschaft zu schützen imstande sind, bleiben die sogenannten Nebenprodukte der Kohlenindustrie. Insbesondere liegt gerade hier das Gebiet, auf dem sich die Bergbauunternehmer für alle Preisgriffe der öffentlichen Stellen in die Kohlen- und Koks-Preisbildung im Übermaß einschlagen können. Schon allein die Entwicklung des Automobilismus hat durch die steigende Nachfrage nach Benzol und durch das neu entstehende Bedürfnis nach teergetränkten Straßen die Preise für die Nebenprodukte in die Höhe getrieben. Daneben ist auch der Leerbedarf für Bräunungsstoffe, für Dachpappenherstellung usw. im ständigen Steigen begriffen, und endlich kommt noch das weite, zum Teil noch unerforschte Feld der Teerverwertung für Zwecke der künstlichen Delgerinnung in Betracht. Deshalb stieg der Benzolpreis z. B. der 1913 170 Mk. per Tonne betrug, 1925 auf 320 Mk. Der Preis für Teer und Teererdwahrungen betrug 1913 nur 23 Mk., 1924 aber 37 Mk., 1925 43 Mk. und steht jetzt, nachdem der englische Streik eine vorübergehende ganz exorbitante Steigerung gebracht hat, immer noch auf rund 100 Mk. per Tonne. Wie sehr die Erzeugung von Nebenprodukten von Jahr zu Jahr an Bedeutung gewann, zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Teer und Teererdwahrungen		Benzole		Abgelaufenes Gesamtgewicht
	Menge in 1000 t	Wert in Mill. M.	Menge in 1000 t	Wert in Mill. M.	
1913 (ohne abgetretene Gebiete)	1026	24,07	175	29,07	151
1924	816	31,06	194	52,72	351
1925	982	42,87	243	78,82	479

Im Jahre 1926 dürfte die Menge sich gegenüber dem Vorjahre kaum verändert haben, da die Kohlenkrise in der ersten Jahreshälfte erst durch den Aufschwung in der zweiten Hälfte kompensiert werden mußte. Daher waren aber die Preise, wie schon angeführt, stark

gestiegen, so daß der Gesamtverlust vielleicht das Doppelte des vorjährigen betragen hat. Für das erste Jahresviertel 1927 läßt sich eine Steigerung des Preisverlustes für Teer von 150 Prozent (es betrug die Ausbeute schätzungsweise 27½ Millionen Tonnen bei einem Preis von etwa 100 Mk. je Tonne, gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1925 errechnen.

Verdoppelung der Gefrierfleischpreise durch Zollerhöhung.

SPD. Ueber den Plan der Regierung, den Einfuhrzoll für Fleisch zu steigern und darüber hinaus die Einfuhr von Gefrierfleisch mit einem Zoll zu belegen, erfährt der Soz. Pressebericht, daß sich das Reichsernährungsministerium durchweg den Wünschen der Landwirtschaft angepaßt hat. Wie es heißt, soll sich der Reichsausschuß nicht mehr vor Ablauf der Pfingstferien mit der Gefrierfleischfrage befassen. Da der Reichstag seine Ferien am 18. Juni beenden wird, darf man annehmen, daß die Regierung erst in der zweiten Hälfte des Juni mit dem Entwurf an den Reichstag herantreten wird.

Ueber die Höhe des geplanten Gefrierfleischzolls bewahren das Reichsernährungsministerium und die agrarische Organisation größtes Stillschweigen. Das ist sicherlich ein Zeichen dafür, daß der Zoll höher ausfallen wird, als man allgemein denkt. Die Allgemeine Fleischherstellung will wissen, daß die Agrarier ursprünglich den unerhöhten hohen Zoll von 45 Mark pro Doppelzentner verlangt haben. Die Interessenten sollen sich dann mit der Regierung auf einen Satz von 40 Mark geeinigt haben. Gefügt es den Agrariern und der Regierung, diesen Zoll durchzusetzen, so würde das eine Verdoppelung des Gefrierfleischpreises bedeuten, da die Gefrierfleischpreise in den letzten Monaten sehr niedrig lagen. Sie steigen aber in der letzten Zeit deutliche Neigung, stark anzuziehen.

Die Preisentwicklung in der Tschechoslowakei.

J. B. Die Tschechoslowakei wurde durch die nach dem Kriege in allen Ländern aufstrebende Weltmarktpreis nicht verschont. Während die Preise der Industrieprodukte bis auf den höchsten Stand vor Kriegespreise stiegen, vermochten die Preise der landwirtschaftlichen Produkte kaum die halbe Steigerung zu erreichen. Es ist begreiflich, daß die agrarischen Kreise die Tendenz nach einem Ausgleich der Preisverhältnisse verlangten, solange sie mit den Sozialisten zusammen regierten, entweder die Aufhebung der Schutzzölle für die Zuckerrübe oder die Einführung agrarischer Zölle. Tatsächlich sind dann auch verschiedene Industriestellen abgebaut worden, andererseits kam die Konkurrenz der allmählich in eine Krise gelangenden Industrie hinzu, so daß sich die Preise unterdessen im April 1926 auf einem Index von 894,1 Prozent für landwirtschaftliche und 986,3 Prozent für industrielle Produkte bewegten, wodurch die Ungleichheit der Preise bereits auf 15,8 Prozent gestiegen war. Unterdessen hatten sich aber die politischen Verhältnisse erheblich geändert, an die Stelle der Koalitionsregierung, in der auch die Sozialisten saßen, trat der internationale Bürgerblock. Die Agrarier erhoben ein Geschrei nach festen agrarischen Schutzzöllen, die ihnen erhöhte Profite versprachen. Tatsächlich legten sie die Zölle auch durch mit dem Ergebnis, daß nun im April 1927 der Index landwirtschaftlicher Produkte auf 970,6 Prozent gestiegen ist, jener der industriellen Produkte auf 870,8, so daß die Ungleichheit nur mehr 11,1 Prozent beträgt. Im März 1927 war sie sogar schon auf 11,1 Prozent gesunken, und die Agrarier werden voraussichtlich nicht ruhen und rasten, bis ihre Produkte teurer sind als jene der Industrie. So haben sich durch ihre zielbewusste Klassenpolitik die deutschen und tschechischen Bauern in ganz kurzer Zeit lanter. Man sollte annehmen, daß der Rückschlag für die Arbeiter nicht gar so schwierig sein sollte; daß auch die durch einen internationalen Zusammenschluß ihre Kraft gegenüber jener der vereinten bürgerlichen Reaktion stärken.

Rundfunkprogramm

Dienstag, 7. Juni, Wirtschaft, 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten, 10,05 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle und Landwirtschaft, 10,15 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Letzte Notierungen, Unterhaltung und Belehrung, 10,55 Uhr: Verkehrsamt und Wetterdienst, 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms, 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt, 11,45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto), 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hauptde-Tripfonola, 12,55 Uhr: Neueste Zeitungen, 13,15 Uhr: Preise und Börsenbericht, 13,30-18 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Sinfonieorchesters. Dirigent: Hilmar Weber, 17,30-18 Uhr: Frauenfunk, Prof. Adele Luxemburg, Charlotte Niese, 18,05-18,30 Uhr: Besprechung aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt, 18,30 bis 18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin, G. van Opleren und E. M. Kellner: Spanisch für Anfänger, 19-19,30 Uhr: Elisabeth Boehm-Halle a. d. S.: „Was bringt die Landfrau von der Ausstellung der DDB in Dortmund mit nach Hause?“, 19,30-20 Uhr: Univ.-Prof. Dr. Alfred Doren: „Wais- und Traumländer“, 2. Vortrag, 20 Uhr: Wettervorausgabe und Zeitangabe, 20,15 Uhr: Unterwegs: Mitwirkende: Harry Langewisch (Regitationen) und das Leipziger Sinfonie-Orchester. Dirigent: Dr. F. R. Dusek, 22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk, 22,15-24 Uhr: Langmusik, Konzertmeister Waldo Oltersdorf und sein Kammerorchester.

Mittwoch, den 8. Juni, Wirtschaft, 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Holz- und Baumwollpreise, amerik. Metallmeldungen des Vorabends, 12,50 und 13,30 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen, 14,45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Del Koth, 15,25 Uhr: Berliner Denken amittig, Berliner Produktendörse amittig, 18 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Wiederholung von 14,45 und 15,25 Uhr und die laufenden Produktenmärkte, Berliner Butter, Berliner Metalle amittig, Berliner Schrot, 18,08 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle und Landwirtschaft, 18 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Letzte Notierungen, Unterhaltung und Belehrung, 10,55 Uhr: Verkehrsamt und Wetterdienst, 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms, 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt, 11,45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto), 12 Uhr: Mittagskonzert des Leipziger Sinfonieorchesters. Dirigent: Dr. F. R. Dusek, 12,55 Uhr: Neueste Zeitungen, 13,15 Uhr: Preise und Börsenbericht, 13,30-18 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Sinfonieorchesters. Dirigent: Dr. F. R. Dusek, 17,30-18 Uhr: Frauenfunk, Prof. Adele Luxemburg, Charlotte Niese, 18,05-18,30 Uhr: Besprechung aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt, 18,30 bis 18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin, G. van Opleren und E. M. Kellner: Spanisch für Anfänger, 19-19,30 Uhr: Elisabeth Boehm-Halle a. d. S.: „Was bringt die Landfrau von der Ausstellung der DDB in Dortmund mit nach Hause?“, 19,30-20 Uhr: Univ.-Prof. Dr. Alfred Doren: „Wais- und Traumländer“, 2. Vortrag, 20 Uhr: Wettervorausgabe und Zeitangabe, 20,15 Uhr: Unterwegs: Mitwirkende: Harry Langewisch (Regitationen) und das Leipziger Sinfonie-Orchester. Dirigent: Dr. F. R. Dusek, 22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk, 22,15-24 Uhr: Langmusik, Konzertmeister Waldo Oltersdorf und sein Kammerorchester.

Ein enthüllter Schwindel.

Erwerbslosen-Unterstützung und Löhne.

Das deutsche Bürgerium läßt die Arbeiterklasse die Unterstützung für ihre arbeitslosen Klassengenossen selbst zahlen. Es hat aber Angst davor, daß die an und für sich niedrigen Unterstützungssätze der Erwerbslosen die Arbeitslöhne „überschneiden“, das heißt, höher sind, als die in manchen Erwerbsgruppen gezahlten Löhne. Um dem abzuwehren, sieht die Erwerbslosenversicherung die Einführung eines Lohnklassensystems vor.

Es ist nun das Verdienst des Direktors des Statistischen Amtes der Stadt Nürnberg, Professor Dr. Meger, in der Zeitschrift „Der öffentliche Arbeitsnachweis“ für Nürnberg das genaue Ergebnis der amtlichen Untersuchung über das Verhältnis von Lohn und Erwerbslosenunterstützung aufgezeigt zu haben. Die von Dr. Meger aufgestellte Tabelle bringt für die wichtigsten Nürnberger Gewerbegruppen, getrennt nach Männern und Frauen, die Zahl der Unterstützungsempfänger, die mit ihrem Erwerbslosenunterstützungssatz über ihren letzten Wochenbruttoverdienst kommen, und dann die Fälle, bei denen die Erwerbslosen mit ihrer Unterstützung unter ihrem Wochenbruttoverdienst bleiben.

Zahl der Fälle, in welchen gegenüber dem Normal-Wochenbruttoverdienst die Erwerbslosenunterstützung

	einen Gewinnen breitete	einen Verlust brachte, und zwar mehrentlich von									
		bis 10 %	über 10 bis 15 %	über 15 bis 20 %	über 20 bis 25 %	über 25 bis 30 %	über 30 bis 35 %	über 35 bis 40 %	über 40 bis 45 %	über 45 %	
1. Männer Personen											
Metallerarbeit	5	136	235	459	601	635	621	633	483	183	
Industrie der Holz- und Apparate...	3	91	121	224	250	232	207	179	149	102	
Polierindustrie...	3	58	84	124	186	213	245	154	79	29	
Bekleidungs- gewerbe	1	60	73	110	72	50	36	30	12	2	
Baugewerbe	1	7	21	49	56	119	203	131	99	112	
Handelsgewerbe	1	119	149	250	355	179	106	77	56	97	
Verkehrsgewerbe	1	76	102	197	191	123	37	17	3	2	
Lohnarbeit wech- selnder Art	4	261	508	748	885	691	474	318	186	106	
Alle sonstigen Ge- werbegruppen	2	65	97	145	222	174	125	116	42	38	
Alle männlich. Per- sonen zusammen	22	870	1358	2310	2818	2422	2053	1652	1038	681	
2. Weibl. Personen											
Metallerarbeit	1	244	214	144	41	8	4	—	—	—	
Industrie...	1	31	42	45	25	9	6	—	—	—	
Bekleidungs- gewerbe	2	250	148	91	28	9	4	—	—	—	
Baugewerbe	2	245	289	254	118	66	39	18	16	6	
Handelsgewerbe	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	
Lohnarbeit wech- selnder Art	30	1886	1595	956	233	55	7	9	3	—	
Alle sonstigen Ge- werbegruppen	13	381	302	98	44	11	6	2	—	3	
Alle weibl. Per- sonen zusammen	52	3037	2588	1589	489	150	66	32	19	6	

Gewinn zogen aus der Erwerbslosenunterstützung gegenüber dem früheren Bruttoverdienst also insgesamt ganze zwei und zwanzig männliche Personen. In zwanzig Fällen davon war der Gewinn bis fünf Mark, in zwei Fällen bis zehn Mark, bei insgesamt 15 903 Erwerbslosen. Weibliche Personen zogen aus der Erwerbslosenunterstützung insgesamt zwei und fünfzig Gewinn, von insgesamt 8051 unterstützten Frauen.

In 15 281 von 15 903 Fällen blieb die Erwerbslosenunterstützung bei Männern unter dem letzten Wochenbruttoverdienst. Die Weibzahl der Fälle liegt bei einem Verlust von mehr als 20 Mark. Für die weiblichen Erwerbslosen ist das Verhältnis „günstiger“. In 57 Prozent der Fälle lag der Wochenverdienst in der Gruppe bis zu 10 Mark und in 32 Prozent der Gruppe 10 bis 15 Mark.

Aus diesen Zahlen ersehen wir, wie gewissenlos und zynisch die Behauptung ist, daß ein sehr großer Teil der Erwerbslosen der „Höhe“ der Unterstützung wegen nicht auf die Arbeitssuche gehe. Aus diesen Zahlen ist zu erkennen, daß trotz der niedrigen Löhne die Erwerbslosenunterstützung durchschnittlich in mehr als neun und neunzig Prozent der Fälle tiefer unter dem zuletzt gezahlten Wochenlohn liegt.

Aus den Untersuchungen des Statistischen Amtes der Stadt Nürnberg kam man — zumindest für die Industriegebiete — den Schluss ziehen, daß ein Überschneiden der Löhne durch die Erwerbslosenunterstützungssätze fast nicht vorkommt. Man versteht danach erst recht, wie groß die Freiheit und Lumperlei der wohlhabendsten Bourgeois ist, die bei dem Glanz der Arbeitslosigkeit von „Parasiten und Revenutempfangern des Staates“ sprechen. Für das proletarische ergibt sich daraus die zwingende Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation und bewußter Agitation unter den Frauen. Höhere Löhne bedeuten nicht nur das Lebensniveau der Arbeitenden, sie helfen auch eine höhere Unterstützung der Erwerbslosen erkämpfen, eine höhere Unter-

stützung, die ihrerseits mithilft, den Unternehmern das Ausspielen der „industriellen Reservearmee“ gegen die proletarischen Lebensinteressen unmöglich zu machen!

Berufsausbildung.

Schon Jahrzehnte hindurch gehen die Klagen über Mißstände im Lehrlingswesen, die sowohl die berufliche Ausbildung wie die Ausnutzung infolge geringer Entlohnung und die übermäßig hohe Lehrlingszahl betreffen. Jetzt endlich ist der Regierungsentwurf eines Berufsausbildungsgesetzes und die amtliche Begründung erschienen. Ausschlaggebend für das Schicksal dieses Gesetzes ist die Stellungnahme der Gewerkschaften. Von Interesse ist deshalb die folgende Beurteilung des Gesetzesentwurfs durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund.

Die Landwirtschaft wurde durch Kabinettsbeschluss dem Geltungsbereich des Gesetzes entzogen. Eine sachliche Notwendigkeit dafür ist jedoch bis jetzt nicht nachgewiesen worden. Den Jugendlichen des Gesetzes soll die Beschäftigung aller Jugendlichen zwischen 14. und 18 Jahren (Lehrlinge, Arbeiter, Angestellte) unterliegen. Nach den allgemeinen Bestimmungen dürfen Arbeitgeber, die nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte oder sonst stiftlich ungeliefert sind, keine Jugendlichen beschäftigen. Die Zahl der Jugendlichen in einem Beruf kann durch die untere Verwaltungsbehörde ähnliche Anordnungen treffen. Ebenso können Anordnungen über das Mindestmaß der zu übermittelnden Kenntnisse und Fähigkeiten getroffen werden. Unter den allgemeinen Vorschriften verweist man eine Bestimmung, die verhindert, daß durch Befehl der Pflichterfüllung Lohnausfälle entstehen. Die im Reichstag vom Reichsarbeitsminister angekündigte Urlaubsregelung durch das Berufsausbildungsgesetz ist nicht erfolgt. Deshalb wird von den Gewerkschaften gefordert, daß bereits im Arbeitsschutzgesetz der Anspruch der Jugendlichen auf Urlaub festgelegt wird.

Der überwiegende Teil des Gesetzes ist dem Lehrlingswesen gewidmet. Die Bestimmung: „Die Lehrlingszeit darf vier Jahre nicht übersteigen, bedeutet eine Verschlechterung, denn die Gewerbeordnung sagt im § 130a, daß die Lehrzeit in der Regel drei Jahre dauern soll. Die ausdrückliche Betonung des Grundgesetzes, daß als Lehrling nur eingestellt werden soll, wer für den Beruf körperlich und geistig geeignet ist und die notwendige Schulbildung hat, ist infolgedessen bedenklich, als in der Praxis daraus leicht eine Kleinherrenschaft des Schulzeugnisses werden kann. Das durch die Gewerbeordnung dem Lehrherrn gegebene Recht der „väterlichen Zucht“ ist erfreulicherweise verschwunden.

Die Durchführung des Gesetzes ist den gesetzlichen Berufsvereinigungen, als den Handwerks-, Industrie- und Handelskammern übertragen, die ihre Aufgaben auf der Grundlage und im Rahmen der Befugnisse paritätischer Ausschüsse ausüben. Die Geschäftsführung liegt bei den Kammern, diese sind aber keine Arbeitgeber-Organisationen. Die Gewerkschaften verlangen deshalb, daß die Ausschüsse selbst über ihre Geschäftsführung entscheiden können. Das unter den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer, die die Ausschüsse mitgliedern vorzuschlagen haben, nur die anerkannten Gewerkschaften zu verstehen sind, wird wohl für den Gesetzgeber eine Selbstverständlichkeit sein.

Bei Beschlüssen über Festsetzung von Kostgeld und Ferienfestsetzung muß sowohl bei den Arbeitgebern wie bei den Arbeitnehmern eine Mehrheit vorhanden sein, wenn sie Gültigkeit haben sollen. Es ist im Gesetz nicht gesagt, ob vorhandene tarifliche Vereinbarungen über Lehrlingsfragen von den Berufsvereinigungen zu revidieren sind. Nach dem vorliegenden Wortlaut können sie aufgehoben oder auch eingeschränkt werden. Die Gewerkschaften müssen darauf bestehen, daß eindeutig der Vorrang der tariflichen Regelung ausgeprochen wird.

Allen in diesen Tagen, man hat, als ein Verlust, in das Gebiet der Beschäftigung und betriebl. Ausbildung Jugendlicher Eingetragene und Schemen zu bringen, begünstigen. Verschiedene Einzelbestimmungen bringen erhebliche Verbesserungen; doch gibt der Entwurf an verschiedenen Stellen auch Anlaß zu ersten Bedenken. Für die endgültige Stellungnahme der Arbeiterkassen zum Gesetz wird entschieden sein, ob auch der Ansehen vermieden wird, daß Erzeugnisse der Arbeitnehmer auf arbeitsrechtlichem Gebiet besetzt werden sollen.

Die fachlichen Gewerkschaften auf der Arbeitskonferenz.

Genf, 4. Juni. (APB). Die Arbeitskonferenz hat zu Beginn der heutigen Sitzung das Mandat des Vorsitzenden der fachlichen Gewerkschaften, Rossini, als italienischer Arbeiterdelegierter mit 82 gegen 82 Stimmen bei 29 Stimmenthaltungen bestätigt. Die beiden deutschen Regierungsvorleiter und der deutsche Unternehmerdelegierte stimmten für, der deutsche Arbeiterdelegierte mit der gesamten Arbeitergruppe gegen die Gültigkeit des Mandats.

Nähtung, Holzarbeiter! In der Holzindustrie U.S., Berlin-Dejau in Dessau befindet sich die Belegschaft im Streik.

Die Firma hat angeblich Agenten nach Leipzig geschickt zur Werbung von Streikbrechern. Wir fordern unsere Arbeitslosen auf, keinesfalls Streikbrecherdienste zu leisten und Arbeitsangebote der Firma zurückzuweisen.
Deutscher Holzarbeiter-Berband, Verwaltungsstelle Leipzig.

Aus der Umgebung

Engelsdorf. „Eine Auseinandersetzung mit dem Reformismus“ lautete das Thema, das der ausgeschlossene Walter Otto vor knapp 50 Personen, die aus Engelsdorf, Paunsdorf, Mölkau und Leipzig stammten, behandelte. Trotz der großen Kälte blieben die Sozialdemokraten aus hiesigem Orte der Veranstaltung fern, und zwar deshalb, weil sie erkannt haben, daß Walter Otto ein Mensch ist, der mit der Sozialdemokratischen Partei nichts mehr gemein hat. Für diese Auffassung der Mehrzahl der hiesigen Arbeiter lieferte Otto selbst den Beweis, indem er ein Bekenntnis zur KPD, der einzigen revolutionären Partei, ablegte, die noch keine Revolutionäre ausgeschloffen hat. Nach dieser Aeußerung Ottos sind also die Ruth Fischer, die Urbahns und die unzähligen ausgeschloffenen Kommunisten keine Revolutionäre, sondern Reformisten. Ueber diese Feststellung Ottos wird es wahrscheinlich selbst unter seinen kommunistischen Parteifreunden einiges Kopfschütteln geben. Doch das soll uns gleich sein, das mögen die Kommunisten mit ihrem revolutionären Parteifreund Otto selbst abmachen.

Reichertsdorf. Die hiesige Ortsgruppe des Reichsbanners ist voll beschäftigt mit den Vorbereitungsarbeiten für das in unserem Orte am 25. und 26. Juni stattfindende Bezirkstreffen des Reichsbanners. Das Reichsbanner richtet nochmals an die republikanisch gekannte Einwohnerschaft, vor allem an die Mitglieder der SPD die Bitte, ebenfalls an dieser Vorbereitung teilzunehmen durch Anbringung von Girlanden und Fahnen. Der Ortsverein der SPD hat beschlossen, seinen in diesem Frühjahr geplanten heiteren Abend mit dem Kameradschaftsabend des Reichsbanners zusammenzuliegen.

u. Großpöna. Die Gemeindevorordneten saßen Beschlus über den Haushaltsplan für das laufende Geschäftsjahr. Den in Vorschlag gebrachten Gesamteinnahmen von 88 557,90 M. stehen 70 800,70 M. an Ausgaben gegenüber. Um das Feuerlöschwesen der Nezeit, insbesondere der sehr guten Entwicklung der Gemeinde anzupassen und die erforderlichen Mittel zu beschaffen, wurde eine einmalige Feuerlöschsteuer in Höhe von 1 Wp. pro Brandflächeneinheit beschlossen. Der Erweiterung der Straßenbeleuchtung wurde, nachdem der Kostenantrag vorlag, zugestimmt. Der Ausbau des Gemeindefaules soll beschleunigt werden, es wurde dem Bauauschuss Vollmacht erteilt, nach Vorliegen der Baugenehmigung diese Arbeit sofort zu vergeben.

In den Bezirksrat wurde Gen. Wesner, in den Ausschuss Gen. Jacob gewählt. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

e. Großsch. Stadtvorordnetenitzung. Anfangs der Sitzung gedachte der Vorsteher des verstorbenen bürgerlichen Stadtverordneten, späteren Stadtrats und Bürgermeistersstellvertreters Alwin Schmidt. Er würdigte die Tätigkeit des Verstorbenen und forderte in üblicher Weise auf, sich von den Vätern zu erheben, welcher Aufforderung die Stadtverordneten bis auf die anwesenden zwei Kommunisten auch nachkamen. Es soll uns nicht wundern, wenn nach diesem Vorgang wieder über die „bürgerlich-verstepte“ Sozialdemokratie herangezogen wird. — In den Betrat und Beschwerdeauschuss des Bezirkswohlfahrtsauschusses wird Stadtrat Genosse Bahrdt und als dessen Stellvertreter der Bürgerliche Jündernagel gewählt. — Der Ueberhauf von 1926 der Girokasse in Höhe von 8218,70 M. wird nach dem Vorschlag des Kredit- und Sparauschusses zu verteilt, daß 5000 M. der Stadtkasse, 3000 M. als Verlustrücklage geteilt werden und der restliche Betrag für das neue Rechnungsjahr vorgelegt wird. Nach Ausführungen des Bürgermeisters befreite sich der Jahresumlaß auf 25 Millionen; diese Summe wird im neuen Rechnungsjahr nach den jetzt bekannten Ergebnissen um ein vielfaches überschritten werden. — Der Ueberhauf der Sparkasse in Höhe von 5017,30 M. muß nach gesetzlichen Bestimmungen dem Reservefonds überwiesen werden. Bei rund 600 000 M. Einlagen, worin das aufwertungs-pflichtige Aktiva nicht inbegriffen ist, beträgt dieser Fonds bei 10 Proz. Pflichtreserve jetzt 60 000 M. Es vergehen somit immerhin noch einige Jahrzehnte, ehe diese Pflichtsumme erreicht wird und dann der Stadtkasse Ueberflüsse überwiesen werden können. Zu bedenken ist hierbei noch, daß die Erträge der Sparkasse aus der geringfügigen Spanne zwischen Einzahlungs- und Darlehenszinsen entfließen. Die 600 Mitglieder zählende Baunotgemeinschaft und die Schulsparkasse gehören zu den eifrigsten Einzahlern der Sparkasse. Die vorgelegene Verteilung der Ueberflüsse der Giro- wie der Sparkasse wird einstimmig gutgeheißen. Ebenso einstimmig werden die vom Wirtschaftsausschuss vorgelegenen Preisermäßigungen für Sonntagsabfahrten gutgeheißen. — Anschließend nichtöffentliche Sitzung.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte: Heute: Sauerbraten mit Klößen 1,10
Hamburger Klopfsbraten mit Kartoffelsalat 75 — Morgen:
Schlachtkopf, Thüringer Schweinskopf mit Klößen 1,10
Schinkenknödel mit Specktunke 40

Der Schatz der Sierra Madre.

Von B. Raven.
18] Copyright by Büchergilde Gutenberg, Berlin 1927.

Sie gruben und fanden auch wirklich die übrigen Teile des Skeletts, Stück bei Stück. Sie gruben im Kreise weiter und fanden ein zweites Skelett. Sie gruben in der Richtung des zweiten Skeletts weiter und kamen auf ein drittes. Und so fanden sie die Richtung, die der Bergsturz oder das Erdbeben genommen hatte. Sie folgten dem Wege und gruben Werkzeuge aus und endlich stiegen sie auf Goldbroden, die offenbar verstreut worden waren.

Wir haben die Mine. Was nun? sagte Bill.
Wollen die anderen herbeikommen, sagte einer.
„Dah du ein Esel bist, habe ich immer gemußt“, sagte der Dritte, „aber daß du so ein großes Kind bist, das habe ich nicht gemußt. Wir werden schon brav das Maul halten und nichts sagen. Wir gehen mit den andern zurück in ein paar Tagen. Und nach ein paar Wochen kommen wir drei allein wieder hierher und legen die Mine aus.“

Damit waren die drei auch einverstanden. Sie sammelten die paar Goldbroden zusammen und stochten sie ein, damit sie dafür eine gute Ausrüstung kaufen könnten. Dann schlitterten sie alles wieder fort. Die Männer der anderen Kolonne betrachteten sich das Gebirge mittrauisch, und dann sagte der eine von ihnen: „He, ihr Burschen, was spielt ihr denn hier? Wollt uns wohl 'raushalten aus der heiligen Messe.“

Die drei bestritten, daß sie etwas gefunden hätten, und daß sie faules Spiel treiben wollten. Es kam zum Zanken. Und als ob die Luft die Reden der ersten Kolonne davongetragen hätten, fanden sich hier in derselben Stunde zwei weitere Kolonnen ein. Die erste Kolonne und die zweite, die die erste überfallen hatte, waren gerade dicht vor dem Augenblick, wo sie bereit waren, sich zu einigen, einen Pakt zu schließen, bei dem die übrigen drei Kolonnen ausgeschaltet werden sollten, als die beiden andern Kolonnen hier gleichzeitig gleichzeitig eintrafen.

Jetzt natürlich zerrte die zweite Kolonne sofort von dem halben Pakt ab und beschuldigte die erste Kolonne des Verrats. Ein Mann wurde abgeschlachtet, um auch die letzte Kolonne herbeizuholen, und als sie angelangt war, wurde Rat gehalten. Es wurde

beschlossen, die drei Mitglieder der ersten Kolonne wegen der beschuldigten Unterfandung des Fundes zu hängen.

Die drei wurden gehängt. Es erfolgte kein Widerspruch; denn es fielen drei Anteile weg, die unter die übrigen Lebenden zwölf mit verteilt werden konnten.

Dann wurde an die Arbeit gegangen, und die Mine wurde bloßgelegt. Es war in der Tat eine unerhoffentlich reiche Mine. Aber nach einiger Zeit wurden die Lebensmittel so knapp, daß fünf Mann abgeschlachtet wurden, um Lebensmittel heranzuholen.

Harry Tilton, der mir selber die Geschichte erzählte, sagte, daß er mit dem, was bis jetzt auf seinen Anteil falle, zufrieden sei, und daß er mit den fünf Männern, die Lebensmittel holen gehen, abwandern wolle. Er nahm seinen Anteil und zog ab. Es wurden ihm dafür in der Bank achtundzwanzigtausend Dollar ausbezahlt. Für das Geld kaufte er sich eine Farm, wo er sich dauernd niederließ.

Die fünf Mann, die um Lebensmittel gegangen waren, kauften Badpferde ein, bessere Werkzeuge, reichlich Lebensmittel und ließen ihr Nutzungsrecht registrieren. Dann kehrten sie zurück.

Als sie bei der Mine ankamen, fanden sie das Camp niedergebrennt und die zurückgelassenen Männer ermordet, oder richtiger, von den Indianern erschlagen. Das Gold war nicht angelastet. Nach den Spuren zu urteilen, hatte ein kürzlicher Kampf stattgefunden, in der Zeit, während der Leute fort waren, um Lebensmittel zu besorgen. Die zurückgelassenen Männer begraben die getöteten Kameraden und begannen, weiter in der Mine zu arbeiten.

Es vergingen nur drei oder vier Tage, da kehrten die Indianer zurück. Sie waren mehr als sechzig Mann stark. Sie griffen sofort an und töteten nun auch noch den Rest. Einer dieser Leute aber war nicht getötet worden, sondern nur schwer verwundet. Als sein Bewußtsein wiederkam, trug er voran: Tagelang aber wochenlang. Er wußte es nicht. Endlich wurde er von einem Farmer gefunden und zu dessen Hause gebracht. Er erzählte seine Erlebnisse. Ehe er jedoch genau den Ort, wo sich das alles zugetragen hatte, bezeichnen konnte, starb er an seinen Wunden.

Die Farmer der Gegend, wo der Mann gestorben war, machten sich auf, die Goldmine zu finden. Sie suchten viele Wochen, aber sie fanden sie nicht. Harry Tilton, der in einen der Nordstaaten gegangen war, erzählte von den Dingen, die sich hier ereignet hatten, nichts. Er kümmerte sich nicht mehr darum, lebte zufrieden auf seiner Farm, und er glaubte alle seine Kameraden, die mit ihm ausgezogen waren, reiche oder wohlhabende Leute, die, nachdem

sie genügend Gold erworben hätten, nach dem Osten gezogen seien. Er war an sich ein schweigsamer Mensch. Er hatte davon gesprochen, daß er sein Geld durch Goldgraben erworben hätte. Aber das war nicht ungewöhnlich. Da er nicht übertrieb, sondern, wenn er schon von seiner Goldgräberzeit sprach, nur ganz schlicht und einfach erzählte, so kam diese reiche Mine ganz in Vergessenheit.

Mit der Zeit jedoch verdichtete sich das Gerücht immer mehr, daß Tilton sein Geld in wenigen Tagen erworben habe. Das bestreitet er nicht. Und daraus schloß man, daß die Stelle, wo er das Gold gegraben habe, sehr reich an Schätzen sein müsse. Immer mehr Glücksjäger bedrängten ihn, doch einen Plan auszuarbeiten, so daß man die Mine wiederfinden könne. Er tat es schließlich auch. Aber inzwischen waren mehr als dreißig Jahre vergangen. Sein Gedächtnis war nicht mehr so gut. Ich war mit einer der Kolonnen ausgerückt, die dem Plane nachgingen.

Wir fanden die Orte alle, die Tilton angegeben hatte. Aber die Mine selbst fanden wir nicht. Sie war vielleicht abermals durch einen Bergsturz oder durch ein Erdbeben verschüttet worden, oder die Indianer hatten alle Spuren verwischt, und sie hatten es so gut getan, daß nichts zu finden war. Sie wollten keine Leute in ihrem Gebiete haben; denn eine solche Mine hätte Hundert von Menschen herangelockt und die Gegend in einen solchen Tumult geworfen, daß das Leben, das sie zu führen gewohnt waren, verdorben worden wäre.

„Ja, wenn man so eine Mine finden könnte“, beendigte Howard seine Erzählung, „wäre man gemacht. Aber das kann man vielleicht sein ganzes Leben lang suchen, und man findet nichts. Das ist wie mit jedem andern Geschäft. Wenn man das rechte Geschäft findet, und man hat Glück, dann hat man seine Goldmine. Jedenfalls, wenn ich auch ein alter Knabe schon bin, ich mache immer wieder mit, wenn es auf Gold losgeht. Aber man braucht Kapital wie für jedes andre Ding.“

Die Geschichte, die Howard hier erzählt hatte, enthielt nichts, das ermutigte, und nichts, das warnte. Es war eine übliche Goldsuchergeschichte, zweifellos wahr und doch wie ein Märchen klingend. Aber alle Geschichten, die von reichen Gewinnern erzählen, klingen märchenhaft. Um zu gewinnen, muß man wagen. Wer Gold haben will, muß es suchen gehen. Und Dobbs beschloß in dieser Nacht, auf die Goldsuche zu gehen, selbst wenn er nur mit einem Taschenmesser ausgerüstet sein sollte.

Nur eine Frage, eine einzige Frage war es, die sich in seinen Plan drängte. Sollte er allein gehen oder mit Curtin oder mit dem alten Howard oder mit Curtin und Howard?
(Fortsetzung folgt.)

Das neue Amsterdam — ein Werk der Sozialdemokraten.

45 000 neue Wohnungen. — Moderne Arbeiterhäuser und Siedlungen. — Aus den Ruinen der Altstadt in die jüngsten Wohnburgen.

Von Georg Biesenthal.

Von den Städten, die ich bisher kennenlernte, ist Amsterdam die erste, an der man ein organisches Wachstum sofort und augenblicklich feststellen kann.

Amsterdam aber ist wie ein Baumstamm (im Querschnitt gesehen), der Jahrzehnt um Jahrzehnt einen neuen Ring angelegt hat.

45 000 Wohnungen hat Amsterdam in den letzten sechs Jahren gebaut. Und baut auch in Zukunft jedes Jahr 6000 neue dazu.

Ich sprach mit dem Genossen De Miranda, der seit Jahren das Amsterdamer Bauwesen leitet, der die jungen Architekten anspornt und sie ganze Stadtviertel errichten läßt, ohne ihnen vom Schreibtisch aus grobarchitektonische Mahnungen zu erteilen.

Ihr kennt, vielleicht aus Bildern, das Bauhaus in Dessau. Gut, das sind doch nur ein paar Gebäude für Schüler, Unterricht, Professoren. So aber sind hier ganze Straßen, Straßenblöcke, Bauviertel.

Nirgends wird das Prinzip „Mein Haus ist meine Burg“ so konsequent durchgeführt wie gerade in Holland. Der Sinn für das Häusliche und Familiäre ist in allen Schichten, auch im Proletariat, stark ausgeprägt.

Die Mieten entsprechen einem Sechstel des durchschnittlichen Arbeitswochenlohnes, betragen also etwa 5 bis 6 Gulden wöchentlich.

Rein: bis in dieses neue Amsterdam fahren die Cool-Kutos

nicht. Das gehört nicht mehr zu den Attraktionen des Romantischen, zu der unheimlichen Stadt der Grachten — die Amerikaner und die englischen Jungfern interessieren das nicht.

Jahrmarkt des Buches in Moskau.

Von Egon Erwin Kisch.

Der Jahrmarkt des Buches ist eine Einrichtung, die vorbildlich ist und überall Nachahmung finden sollte.

Die Wimpel wehen im Wind, die Parolen darauf blicken sich, grüne Wimpel mit dunkelblauen Deutchen, ein blau-orangeroter Wimpel, violette Wimpel mit hellgrünen Parolen.

Verkäufer haben Stöße von Ramsch auf der Erde ausgelegt, Männer und Frauen, Bourgeoisie und Proletariat haben auf dem Boden, die Köpfe rücken hoch über die Arme, alle wühlen in Pergäben, oft maulbeerenartigen Broschüren.

Ich sprach mit dem Genossen De Miranda, der seit Jahren das Amsterdamer Bauwesen leitet, der die jungen Architekten anspornt und sie ganze Stadtviertel errichten läßt, ohne ihnen vom Schreibtisch aus grobarchitektonische Mahnungen zu erteilen.

Der Bouquiniste Bellevue vom Quai Voltaire, der als vieljähriger Missionar starb, war gewiß eine Ausnahme, jedoch unter den Buchhändlern mit denen wird es nicht einmal solche Ausnahmen geben.

Vor vielen Ständen sind Tafeln angebracht: „Das Buch... ist ausverkauft.“ Der Tagesumsatz hat nach den Zeitungen anfangs vier bis fünftausend Rubel betragen, auf vier Tage war der Jahrmarkt prozontiert und wurde um acht Tage verlängert.

(Aus dem neuen, demnächst bei Erich Reich in Berlin erscheinenden Buche: Jaren, Wopen, Bolschewiken.)

Kleine Chronik.

Theaterwissenschaftliche Woche. Im Zusammenhang mit der Deutschen Theaterausstellung Magdeburg 1927 findet in Magdeburg vom 7. bis 11. Juni eine Theaterwissenschaftliche Woche statt.

bedeutungsvollen geschichtlichen und künstlerischen Probleme der Theaterwissenschaft zu behandeln. Die Anmeldungen für diese Theaterwissenschaftliche Woche sind sehr zahlreich eingelaufen.

Die Wiener Philharmoniker in Deutschland. Das berühmte Orchester der Wiener Philharmoniker ist zu einer großen Konzertreise nach Deutschland eingeladen worden, in deren Verlauf die bedeutendsten Musikzentren des Reiches besucht werden.

Der Kreibekreis. Rabanunds sogenannte Bearbeitung des chinesischen Dramas „Hul-lam-l (Sprich Chuslanisch)“ Die Geschichte vom Kreibekreis“ hat wohl in manchem Zuschauer und Leser den Wunsch erweckt zu wissen, was sich nun eigentlich hinter diesem phantastisch-wirren, aus Chinesischen und europäischen Zügen buntgewebten Märchenstück in Wirklichkeit verbergen möge.

Im Variet Krikkapalast ist Harstein, ein quirlender, verzerrter harmloser Köstchen, zum erstenmal in einem umfangreichen Ensemble eingezogen. Er bringt zwei Schwänke eigener Feder mit, von denen drei grüne Jungen, eine bunte Komödie der Trugungen, den Haupterfolg durch die quersüßige Verwandlungsfähigkeit Harsteins, der allein die drei Titelrollen spielt, erzielt.

Der Leberstrumpf nach Cooper reicht nicht ganz an das Buch heran, ist sentimentaler (A. B. versucht eine Frau den Leberstrumpf zu betreten, indem sie den Indianer durch „Gottes Wort“ belehren will) und vor allem primitiv in der Bildgebung.

Filmchau.

Der Leberstrumpf nach Cooper reicht nicht ganz an das Buch heran, ist sentimentaler (A. B. versucht eine Frau den Leberstrumpf zu betreten, indem sie den Indianer durch „Gottes Wort“ belehren will) und vor allem primitiv in der Bildgebung.

Nach den Vorbildern der bisherigen Studentenfilme immerhin ein Fortschritt: Schön ist die Jugendzeit. Kein Kommenstumpffinn, keine Melodramen, sondern Sport. Der Sohn wohlhabender Eltern kommt aus der Kleinstadt zur Universität, betört ein kleines Mädchen, das er wie üblich brutal fallen läßt, als ihm eine Dame aus seiner Gesellschaft gewinnbringender erscheint.

Bilder aus dem Leben der Parias vom Jahrmarkt, Ihre Trübsal, spirituellen Schwindeln, wie sie sich in die sogenannte gute Gesellschaft einschmuggeln, dort aufsteigen, um schließlich wieder zu den fahrenden Deuten zurückzufallen.

Ein viel versprechendes Filmsujet, Die letzte Tabell, die Geschichte von dem Wädel, das sich zu Reklamezwecken vermietet und einem glücklichen Gewinner als Los in die Zigarrenkiste gelegt wird, wird selber in das Traurige umgebogen.

Das die U-Boot-Leute gefleht haben, gehört der Geschichte an. Und darum wirkt es peinlich, wenn in U 9 Webdigen eine verhäßliche Gloriole um deutsche Mädchen, deutschen Weins und deutsche Treue gewoben wird.

Conrad Wolbis erster amerikanischer Film. Der Bettelpoet geht kaum über den Durchschnitt hinaus. Femes die Idee dieser Bildballade, von dem Herzog, der roh und ehrgeizig auf den Thron will, und dem König, der sich brutal und feig darauf behauptet.

Der deutsch-schwedische Lustspielfilm Die 7 Töchter der Frau Gurkovicz hat das beliebteste Thema von den Verwechslungen und Mißverständnissen mit nettem Humor ausgeschaltet. So harmlos die Sache ist, so genau man weiß, wohin die Fahrt geht — man lacht herzlich. In Betty Balfour lernt man eine taurische Dackelkette von Witz und Scharm kennen. (Unterlum.)

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 7. Juni.

Keine Müdigkeit vorschützen!

Herr Sackwitz tollt auf der Linke 10 dem heimlichen Connewitz zu, wo am Wadstrand eine behagliche und herrschaftliche Wohnung auf ihn wartet. Es ist 1/2 19 Uhr, und im Volkshaus sitzen Arbeiter essend am Fenster. Herr Sackwitz ärgert sich augenscheinlich darüber, denn er wendet sich zu seinem neben ihm sitzenden Sozius: „Da sehen Sie, was das Volk mit seiner Freizeit macht — nichts als Fressen und Saufen. Aber versuchen Sie mal, den Leuten zu erklären, daß der Achttundentag ein Luxus ist, daß Deutschland unbedingt mehr arbeiten muß, sagen Sie ihnen, daß wir als Chef selbst von 9 bis 18 Uhr im Kontor sitzen. Sie würden einfach ausgelacht werden.“

Am Südpark steigt eine nach ihrem Parfum duftende Dame in den schon vollbesetzten Wagen und schließt sich durch den überfüllten Gang in die Nähe des Herrn Sackwitz hin. Ihr Duft steigt ihm regelnd in die Nase. Einen Augenblick überlegt er, daß nach einer gelehrten Kavallerieregel ein Herr aufzustehen und der Dame seinen Platz anzubieten habe. Das junge Fräulein ist hübsch, elegant und wohlgepflegt, und nach Sackwitz' Meinung wäre eine ritterliche Artigkeit bei ihr wohl am Platze. Aber zeitig genug denkt er daran, daß ihm bei seiner Wohlbeleibtheit das Stehen sehr, sehr schwer fallen würde, und er bleibt sitzen. Bedauernd, daß er der vornehmen Dame nicht zu Gefallen sein kann. Aber halt — ihm gegenüber sitzt ja ein Arbeiter, jung und unbekannt von Fett. Dem Burschen will er Anstand beibringen. Sackwitz' Stimme ertönt vernommen durch den Wagen: „Sie, junger Mensch, wissen Sie nicht, was Sie gebietet? Wenn ein so junger Bursche, wie Sie, eine Dame stehen läßt, bietet er ihr seinen Sitzplatz an. Verstanden?“ Der junge Arbeiter wird eifrig Augenblicke rot, zumal sich aller Augen auf ihn richten. Aber er läßt sich schnell und antwortet ruhig: „Das Fräulein steht nicht aus, als ob sie müder wäre als ich.“ Herr Sackwitz wendet sich zu seinem Nachbar: „Da haben Sie die Arbeiterjugend von heute. Wenn sie galant sein soll, schämt sie Müdigkeit vor.“ Dem Burschen, der das natürlich hört, wird die Sache zu dumm, und er entgegnet energisch: „Wenn Sie galant sein wollen, tun Sie es auf Ihre Kosten. Ich bin Markthelfer, habe 10 Stunden Arbeit hinter mir und kann meine Knochen kaum noch rühren. Und deshalb bleibe ich sitzen.“ Und den Leuten im Wagen, die fast alle Arbeiter sind, gefällt diese Antwort. Sie schauen lächelnd auf Herrn Sackwitz, der vor Fett und Aufregung schneißt und pulseros am Kreuz absteigt, nicht ohne vorher dem „Gnädigen Fräulein“ seinen warmgepflegten Platz anzubieten. Er brummt beim Hinausgehen noch etwas von „selber meine neun Stunden Kontor hinter mir.“

Nun ja, Herr Sackwitz hat tatsächlich neun Stunden Kontor hinter sich. Aber er steht erst morgens um 8 Uhr, wohl ausgeschlafen, auf, frühstückt ausgiebig, und wenn er um 9 in das Geschäft kommt, haben seine weniger ausgeschlafenen Arbeiter schon zwei Stunden harte Arbeit hinter sich — und das ohne die guten Frühstücksgewohnheiten des Herrn Sackwitz. Und im Geschäft sitzt Sackwitz in einem gepolsterten Klubstuhl, raucht die Zigarren bei der Arbeit, die in Besprechungen besteht, und zu Mittag läßt er sich ein zweites Frühstück aus dem Gasthaus bringen, ein Frühstück, wie es die Arbeiter nicht als Hauptmahlzeit haben. Und von dieser „Arbeit“ erholt sich Sackwitz abends in seiner freundlichen Villa am Connewitzer Walde, während sich die abgearbeiteten Proleten in mühsigen Böhren ein bißchen Kraft für die nächste Tagesarbeit erholen. Zur Unterhaltung überlegen sie sich vielleicht, wie man arm, zermürbt und doch zugleich gebildet im Sinne eines „Kavalliers“ sein kann. Nicht wahr, Herr Sackwitz?

Ein kultureller Skandal.

Im ehemaligen Operntheater am Thomasing war für den 1. Feiertag eine große Revue angelegt. Bei der Eröffnung der Abendkasse waren die Plätze bis zu 8 Uhr ausverkauft, die teueren Plätze kosteten 4-7,50 M., trotzdem war der Andrang noch stark. Beginn 20 Uhr. Kurz nach 21 Uhr die erste Pause. Ein Herr und eine Dame hielten ihre Garderobe. Die Frau fragte freundlich, wollen die Herrschaften schon fort? Antwort: „Diesen schändlichen Mist kann man doch nicht länger ertragen. Das ist doch der reinste Betrug, den Leuten für dieses Zeug so viel Geld aus der Tasche zu nehmen.“

Am der Tür ein Logenschleifer. Der Herr fragt: „Wo ist die Direktion zu sprechen?“ „Ich will ihr einmal sagen, daß es unerschämter ist, solchen minderwertigen Schund zu spielen und den Leuten dafür solche unverschämte Preise abzunehmen.“

Die Direktion ist in der Gotischhofstraße. Ein junger Mann fragt: „Wohin wollen Sie?“ „Zur Direktion.“ „In welcher Angelegenheit?“ „Ich will mich über den heillosen Schund beschweren, den die Direktion dem Leipziger Publikum vorsetzt.“ „Dann bitte sagen Sie das der Direktion selbst.“

Ein paar Stufen hinauf. „Das sind die Herren der Direktion.“ Der Beschwerdeführer stellt sich vor, dann: „Sie sind die Herren von der Direktion? Ich will der Direktion meine Entrüstung zum Ausdruck bringen über den unerschämten Schand, den Sie sich heute mit der Vorführung vor dem Leipziger Publikum leisten. Was Sie spielen, ist der größte Mist, geistlos, schmucklos, dreißig.“

Einer von der Direktion: „Aber ich begreife nicht, das Spiel ist in Berlin 200mal aufgeführt worden.“

Einer der Hauptdarsteller, der als Anlager auftritt, redet eine hochmütige Miene auf. Der Beschwerdeführer: „Schon daß Sie einen solchen Anlager herausstellen! Was Sie aufzuführen, ist geistlos und so minderwertig, daß sie damit nicht einmal in ländlichen Gegenden auftreten dürften, und damit kommen Sie dem Leipziger Publikum und nehmen ihm solche unverschämte Preise ab. Was kostet der Spaß für zwei Personen 9 M. Das ist der reinste Betrug am Leipziger Publikum.“

Das Mitglied der Direktion: „Das verstehe ich nicht, das begreife ich nicht.“

Der Beschwerdeführer: „Das begreifen Sie nicht?“ „Schön, ich will Ihnen sagen, was Sie sich hier leisten, ist ein beispielloses kultureller Skandal.“

Schluss der Aussprache. Das Theater am Thomasing hat ja seit langem ein sehr wechselvolles Schicksal. Was aber jetzt dort gespielt wird, unterbietet alles, was sich an Kisch denken läßt. Kadie-Ländlerinnen auf die Bühne stellen, deren Bekleidung in einem Tuche besteht, das gerade notdürftig die Geschlechtsteile verdeckt, ist noch lange keine Kunst.

umal die Tanzeinstellungen, mit geringen Ausnahmen, mehr als mäßig sind. Dazu ein Anlager, der mit Zweideutigkeiten nicht den künstlerischen, sondern den erotischen Trampf der Schaukellerei unterstreicht. Dazu ein paar armelige Witze, zusammengelesen aus den humoristischen Ecken einiger Tageszeitungen, wobei sogar der Humor dieser Witze durch den Vortrag dieser „Künstler“ umgebracht wird. Dazu billige Sentimentalitäten, die jede Disziplinverletzung einer kleinen Provinzstadt geschmackvoller arrangiert. Sängler, die nicht singen können und Tänzerinnen, die — zumeist — nicht tanzen können. Das Ganze jämmerlich, schandbar geist- und kunstlos! Offenbar eine Direktion, die keine Ahnung von künstlerischen Leistungen, um so mehr aber von skrupellosem Geschäftsgelüste hat. Schade um Zeit und Geld. Wer aber sein Geld dafür wegwirft, sollte saule Eier mitnehmen.

Ortsauschuß der Jugendverbände.

Es wird uns geschrieben: Der Ortsauschuß Leipzig der deutschen Jugendverbände hielt nach erfolgter Erweiterung am 28. April im Saale der Oberrealschule Leipzig-Nord seine 1. Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Direktor Bursche, berichtete über die leitende Arbeit des Ortsauschusses und über die Gründe, die zur Änderung der Satzung und zur Erweiterung des Ortsauschusses geführt haben. Er teilte mit, daß sich zum Ortsauschuß in erweiterter Form mehr als 120 Leipziger Jugendverbände, Gruppen und Organisationen angemeldet haben, hinter denen über 104 000 Mitglieder stehen und daß damit eine einheitliche Zusammenfassung der in Leipzig jugendpflegerischen Jugendbewegung bestehender Jugendgruppen durchgeführt worden ist.

Darauf hielt der Geschäftsführer des Landesauschusses Sachsen der deutschen Jugendverbände, Anader, Dresden, einen Vortrag über „Ueberbündliche Zusammenarbeit der Jugend“. Er ging dabei auf die Gründung von Reichsauschuß, Landesauschüssen und Ortsauschüssen im einzelnen ein, skizzierte deren Arbeitsgebiet und deren

Mitgliederversammlung der SPD. Groß-Leipzig.

Freitag, den 10. Juni, im Volkshaus. Bericht vom Parteitag. Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch.

Aufgaben und betonte die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Jugendgruppen in Ortsauschüsse.

In weiteren Verlauf der Hauptversammlung trat man in die Wahl des Vorstandes ein. Es wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Herr Otto Schröder und als 2. Vorsitzender Herr Erik Witzke, sowie 17 weitere Damen und Herren als Vorstandsmitglieder, durch die die Hauptleitungen der angeschlossenen Verbände ihre Vertretung erhalten. Nach Rücktritt des alten Vorstandes übernahm Herr Schröder den Vorsitz und dankte namens des Ortsauschusses dem alten Vorstand für die von ihm im Interesse der Jugendbewegung und Jugendpflege geleistete Arbeit.

In der am 20. Mai stattgefundenen ersten gemeinsamen Sitzung des neuen Vorstandes zeichnete Herr Schröder die Aufgaben und Arbeitsgebiete des Ortsauschusses auf und man legte sich in großen Zügen die zunächst zu leistenden Arbeiten wie folgt fest:

- 1. Beschaffung von Jugendheimen und Spielplätzen.
2. Die Einrichtung und Durchführung von Bildungsveranstaltungen und Jugendvorstellungen in städtischen Theatern.
3. Die Beschaffung von Vergünstigungen für Jugendliche beim Besuch von Bädern, Museen, Zoo, Planetarium und dergl.
4. Abschluss einer Unfallversicherung für die nicht durch den Landesauschuß versicherten nur örtlich bestehenden Jugendgruppen.
5. Vermittlung von Erwerbslosenhilfe für jugendliche Erwerbslose.

Der als Vertreter des Jugendamts anwesende Direktor Bursche sagte weitgehendste Unterstützung dieser Arbeit, auch in finanzieller Hinsicht, zu. In der gleichzeitig stattgefundenen Wahl des geschäftsführenden Vorstandes, welchem sühnungsgemäß außer dem 1. und 2. Vorsitzenden, sowie dem Geschäftsführer, noch 4 weitere Vorstandsmitglieder anzugehören haben, wurden die Herren Dr. Schwente, Pfarrer Kunze, Theo Rurth und Otto Köhner gewählt.

Die Geschäftsstelle des Ortsauschusses befindet sich Leipzig C. 1, Töpferstr. 2 (Telephon 20788).

Eine Bestie in Reichswehruniform.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ereignete sich in der Grimmaischen Straße eine wilde Szene, bei der ein Reichswehrgeselle eine überaus brutale Rolle spielte. Der Musiker Willi Dähne, Mitglied des Sinfonieorchesters, kam gegen 230 Uhr mit einem Freunde in der genannten Straße, im weiteren Gespräch befindlich. Da kam ein angelegener Reichswehrgeselle hinzu und ruppelte Dähne an. Dieser verbat sich das und äußerte, der Geselle sollte, wenn er sich Alkoholeffekten hingeben wolle, doch wenigstens die Reichswehruniform vom Leibe lassen. Der Geselle wurde daraufhin aufs höchste aufgebracht. Dähne, darüber in Wut geraten, gab ihm eine Maulschelle. Im nächsten Augenblick zog der Geselle sein Seitengewehr und schickte auf Dähne los. Dieser ergriff die Flucht. In einem Hausflur holte der Geselle ihn ein, ließ ihm das Seitengewehr in den Leib, wodurch die Lederhose zerlegt wurde. Dähne floh nach verzweifeltem Ver suchen, sich immer noch zu neuen Stichen auszuholen, offenbar im Blutrausch befindlichen Gesellen zu erwehren, in den Hof und suchte Deckung hinter einem Wagen. Auf die Hilfe des Schwerebeschützen kam ein Reiter aus der Kantowitzer Vorstadt und bald darauf eilten noch einige andere Personen herbei. Es gelang ihnen, den sich wie besessenen gebärdenden Gestalten zu übermächtigen und dem herbeigeholten Polizeibeamten zu übergeben.

Der schwerverletzte Musiker wurde nach dem Krankenhaus St. Jacob gebracht. Es ist noch nicht abzusehen, welche Folgen das nächtliche Rencontre für ihn haben wird.

Der Fall erinnert an so manches Auftreten von Angehörigen der „bewährten Macht“ aus den herrlichen wilhelminischen Zeiten, besonders auch an den Fall Brüllwitz, der sich zu Beginn dieses Jahrhunderts abspielte. Von Brüllwitz sahste sich beleidigt, weil er beim Betreten eines Cafés von einem dort bereits zu Gast weilenden Ingenieur nicht respektvoll genug begrüßt worden sei. Er zog seinen Säbel und schickte den Ingenieur nieder. Dieser war auf der Stelle tot. Dem Brüllwitz wurde damals kein Haar gekrümmt. Das verübte die Militärjustiz, Brüllwitz selbst scheint aber dennoch von Gemissensbissen arg verfolgt worden zu sein. Denn, wie es hier, hat er im Kriege der Engländer gegen die Buren den Tod gesucht und gefunden. Ein gewöhnlicher Europäer darf, wenn er sich beleidigt fühlt, weiter nichts tun, als Abnung vom Gericht zu

verlangen. Ein Angehöriger der Reichswehr aber beansprucht hier für sich, einen Beleidiger einfach niederzulegen zu dürfen. Es wird Zeit, ihm eindringlich begründlich zu machen, daß für Beleidigungssfälle für Reichswehrangehörige kein Sonderrecht besteht. Jedenfalls zeigt das geschilderte Vorkommnis, daß das Kriegshandwerk auch im Frieden den Menschen verrotzt.

Störung im Telephon- und Fernsprechbetrieb.

Die Oberpostdirektion schreibt: Der Betrieb der Telegraphen- und Fernsprechleitung erleidet oft empfindliche Störungen dadurch, daß die Porzellankontakten, an denen die Drähte befestigt sind, unzulänglich durch Steinwürfe zertrümmert werden oder daß Kinder ihre Papierdrachen gegen die Leitungen fliegen lassen oder Obstpfähle beim Überreiten der Festeile mit den Leitern oder mit den Zweigen an die Drähte stoßen und diese untereinander oder mit den Zweigen in Berührung bringen. Ferner werden die an den Häuserwänden entlang verlaufenden Kabel oft beim Aufbau der zum Hausabzug erforderlichen Gerüste beschädigt. Solche und andere Störungen oder Beschädigungen des Betriebs bedroht das Straßengebüsch in den 8. 317 und 318, wenn Jahrlänge vorliegt, mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu neunhundert Mark, bei Vorfall mit Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren. Die Postbeamten sind angewiesen, Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen unmissverständlich zu verfolgen. Alle, die in der Nähe der Leitungen zu schaffen haben, können daher nicht dringend genug zur Vorsicht gemahnt werden. Auch ist Eltern und Lehrern zu empfehlen, die Kinder vor unvorsichtiger oder vorsätzlicher Beschädigung der Telegraphenanlagen ernstlich zu warnen und in dieser Beziehung sorgfältig zu überwachen; dabei sollte man Kinder, insbesondere die Knaben, darüber belehren, wie wichtig solche Anlagen zur Aufrechterhaltung des allgemeinen Verkehrs sind. Daß von den Schuldigen auch die Kosten für die Wiederherstellung der Telegraphenanlage eingezogen werden, ist selbstverständlich.

Rätselhafter Tod.

Das Postleipzibüro berichtet: Am 5. Juni, vormittags gegen 9.30 Uhr, fand ein Einwohner aus Wiederlich im dortigen Teich in der Nähe der Holzhandlung von F. Moritz Müller die Leiche des Lageristen Friedrich Otto Hempel, geboren am 7. 2. 1875 in Leipzig, wohnhaft in L.-Deußsch, Waisenhausstraße Nr. 2. Der Kopf des Verstorbenen wies geringe Hautabschürfungen, einen Kreuzverband von Desulphatplaster, der eine geringe Wunde verdeckte, und eine größere Beule am Hinterkopfe auf. Nach den bisherigen Ermittlungen des Kriminalamts Leipzig, handelt es sich um ein Selbstmord aus, möglicherweise liegt Unglücksfall vor, jedoch erscheint ein Verbrechen nicht ausgeschlossen. In unmittelbarer Nähe der Leiche wurden die Aftenstücke Hempels, gekleidet mit etwa zwei Pfund Bleikugeln und einem Duzend Eier, verpackt in Holzboxe, sowie eine Briefstasche im Wasser liegend gefunden. Geld oder Wertgegenstände wurden nicht vermißt. Hempel hat am Pfingstsonnabend gegen 9 Uhr vormittags seine Wohnung in L.-Deußsch verlassen und ist erst am 8. Juni abends in Wiederlich gesehen worden. Wo er den Tag verbracht hat, hat sich bisher nicht feststellen lassen. Er ist dann gegen 21 Uhr und 21.30 Uhr in zwei Bierlokalen in Wiederlich gesehen worden, wo er je 1 Glas Bier getrunken haben soll. Weiter hat ihn ein Weichensteller gegen 11 Uhr auf der Bahnstraße Leipzig-Berlin bei Wiederlich getroffen, den er nach dem Weg nach L.-Deußsch gestagt hat, und der ihn nach Wiederlich zurückgewiesen hat. Von da an fehlt jede Spur. Die Leiche wurde besichtigt am 7. Juni und nach dem Institut für gerichtliche Medizin gebracht, wo die gerichtliche Leichenöffnung stattfand und es sich um außerordentlich wichtige Zeit, in Erfahrung zu bringen, wo Hempel am Pfingstsonnabend sich aufgehalten hat, wo er die Eier und das Fleisch gekauft und mit dem Bier in letzter Zeit verkehrt gehabt hat. Sachdienliche Angaben, insbesondere auch darüber, wo Hempel sich den Desulphatverband am Kopfe hat anbringen lassen — er soll seine Wohnung am Pfingstsonnabend unverletzt verlassen haben —, teile man schnellstens der Kriminalabteilung mit.

Die „schädliche“ Naturheilmethode.

Der Egoen den Schriftsteller Müllig und den Kaufmann Baro man n als Geschäftsführer bzw. Vorsitzender des Leipziger Vereins für Lebens- und Heilkunst hatte das Amtsgericht wegen gemeinschaftlicher Übertretung der kaiserlichen Ministerialbestimmung vom 14. Juli 1903 über die öffentliche Anklündigung von Heilmitteln Strafvorurteilungen erlassen, weil sie in Zeitungsinseraten der Naturheilmethode eine über ihren wahren Wert hinausgehende Wirkung beigelegt und damit das Publikum irregeführt haben sollten. Ihr Einspruch dagegen hatte keinen Erfolg. Nach den gerichtlichen Feststellungen wurde in dem einen Inserat gesagt, daß die größte Wohltat für die Menschheit das Naturheilverfahren ist. Und in einem zweiten Inserat hieß es: „Keine Schande, aber ein Unglück ist es, heimgeleitet zu werden von einer tödlichen Krankheit (Geschlechtsleiden, Gicht, Rheumatismus, Nervenleiden usw.). Wie glänzende Erfolge bei Anwendung der Naturheilverfahren erzielt werden und wie veraltete, erfolglos behandelte Fälle geheilt werden, darüber erhalten Sie Auskunft in der Schriftleitung unseres Vereins täglich von usw.“ In diesen Anklündigungen sollte der Naturheilmethode eine über ihren wahren Wert hinausgehende Wirkung beigelegt und eine Methode angepriesen worden sein, die geeignet ist, Gesundheitsbeschädigungen herbeizuführen. Nach Meinung des Amtsrichters nämlich sollten die Staatsmediziner als minderwertig und die Erfolge der Naturheilmethode als zu herausgehend betrachtet worden sein. Bestimmte Krankheiten, wie Krebs, Geschlechtsleiden usw. könnten mit der Naturheilmethode überhaupt nicht geheilt werden, die Syphilis führe bei Anwendung der Naturheilverfahren sogar zur völligen Durchsehung des Körpers, während bei Salvaranbehandlung Heilung erzielt werde. Bei der Durchschneidung der Leber habe durch die Operation die Meinung hervorgerufen werden können, als ob auch die Transplantation weniger gewissenhafter Naturheilfindiger empfohlen werden soll.

Das Oberlandesgericht Dresden hat das angefochtene Urteil aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Amtsgericht zurückverwiesen. Das angefochtene Urteil sei sowohl in objektiver wie auch in subjektiver Beziehung derart mangelhaft, daß die Prüfung der Frage, ob die Auslegung des Gesetzes durch den Amtsrichter richtig ist, für das Revisionsgericht unmöglich ist.

Sturz mit dem Flugzeug.

Am 1. Pfingstfeiertage ereignete sich auf dem Flugplatz Modau ein Unfall, der für den Flugzeugpiloten noch sehr glimpflich abließ. Ein Sportflugzeug, das zu der in Pirna stattgefundenen Flugveranstaltung abfliegen wollte, stürzte, als es kaum den Erdboden verlassen hatte, kopflüber nieder, wobei es stark beschädigt wurde. Der Pilot Bodenfein kam erfreulicherweise mit dem Schrecken davon. Worauf der Unfall zurückzuführen ist, konnte noch nicht endgültig festgestellt werden.

Graphische Sammlung des Museums der bildenden Künste, Augustusplatz. Ausstellung von Holzschnitten und Kupferstichen von Dürer im Studienaal der Graphischen Sammlung. Geöffnet Diens-Donat Mai 194,67; Mart (April: 19,65; Mart).

Allgemeine Flugblattverteilung Sonnabend, den 11. Juni, und Sonntag, den 12. Juni, von den bekannten Lokalen aus. SPD. Groß-Leipzig.

Wo ruft die Pflicht?

Unterbezirksverband der SPD Groß-Leipzig.
Donnerstag, den 8. Juni, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 2, wichtige Sitzung.

Funktionäre.

Südostbezirk. Mittwoch, den 8. Juni, 20 Uhr, im Gasthof Thonberg, Vortrag des Genossen Hugo Saube über: Reichsbanner und Partei. Die Genossen des Reichsbanners, soweit sie Parteifunktionäre sind, müssen unbedingt erscheinen. Funktionärkarte ist vorzulegen.

Wärdern. Morgen Mittwoch, 20 Uhr, im Restaurant Reichs (Bibstohel).

Modau. Morgen Mittwoch, den 8. Juni, 20 Uhr, sehr wichtige Sitzung im Katteller. Vollständiges Erscheinen ist notwendig.

Frauen.

Schönefeld. Unser Frauenabend fällt Mittwoch aus. Wir befehlen uns stattdessen am Sonntag, dem 12. Juni, durch den Ortsverein veranstalteten Besichtigung des Kustergutes Cunners, dort. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Alt-Leipzig-Süd. Wir treffen uns zur Fahrt nach Eisenhammer am Mittwoch, dem 8. Juni, 1/8 Uhr, am Volkshaus. Wir kommen zurück am Freitag, dem 10. Juni, 17 Uhr 40 Min. Bringt Verpflegung für einen Tag, Egegelsire und Trinkbecher mit.

Die anderen Kinder treffen sich Mittwoch, den 8. Juni, 1/8 Uhr, am Germania-Bad zum Badeausflug nach Gaußh.

Alt-Leipzig-Nord. Am Mittwoch, dem 8. Juni, treffen sich alle Kinder 1/8 Uhr, am Töpferheim. Bringt Essen für den ganzen Tag und 20 Pf. mit. Wir gehen nach Gaußh. Baden. Vergißt den Badeanzug und Trinkbecher nicht.

Sitz. Die Mädels treffen sich heute, Dienstag, den 7. Juni, 18 Uhr, bei Genossin Herta Wittig. Am Mittwoch kommen alle zum Spielen. Treffen 17 Uhr an der Ecke. Instrumente mitbringen; bei schlechtem Wetter über wir.

Connewitz. Mittwoch, den 8. Juni, 1/8 Uhr, Abmarsch vom Kreuz in die Eisteraue. Trinkbecher und Badezeug nicht vergessen. Wir gehen auf dem Rückweg ins Gaußh. Essen für den ganzen Tag mitbringen. Wir treffen uns bei jeder Witterung!

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Abteilung 3. Gruppenführersitzung findet nicht am Mittwoch, dem 8. 6. statt, sondern Montag, 1/2 Stunde vor der Monatsversammlung.

Ein billiger Verwaltungsausschuss 4. Klasse nach Oberwiesenthal über Annaberg i. Ergold. Verkehrt am Sonntag, dem 12. Juni 1927 in folgendem Plane: Leipzig Hbf. ab 8.04, L.-Paunsdorf ab 8.18, Annaberg an 9.50, Oberwiesenthal an 11.28; Rückfahrt ab Oberwiesenthal 12.27, Rückkunft nach Leipzig 1.08. Der ermäßigte Fahrpreis hin und zurück nach Annaberg beträgt 8.80, nach Oberwiesenthal 7.40 RM.

Fahrtkarten sind bei der Fahrkartenausgabe Leipzig Hbf., Westseite, Schalter 2, auf W. Leipzig-Paunsdorf und beim Verkehrs-Bureau des Reichsbanners Leipzig, Markt 4, erhältlich. Gleichzeitig werden auch gebrauchte Führer für die Sonderfahrkarte kostenlos abgegeben.

Leuerungszahl für Leipzig. Die auf der neuen Grundlage berechnete Leuerungszahl für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Amtes für den Monat Mai 1927/28 194,87 Mark (April: 194,85 Mark).

Leipziger Luftpostverkehr. Infolge Verlegung der Luftpostlinien vom Flughafen Leipzig-Modau nach dem Flughafen Halle/Leipzig (Schkeuditz) wird der Modauer Flughafen für den Luftpostverkehr nicht mehr benutzt. Das Besondere des Luftpostverkehrs, mit dem Leipzig in Luftpostverbindung steht, ist nach dem Stande vom 1. Juni neu herausgegeben worden und wird auf Wunsch an den Postfachaltern kostenlos abgegeben.

Strassenbau- und Eisenenerungsarbeiten in der Weststraße bedingen vom Mittwoch, dem 8. Juni, an eine veränderte Führung der Linien 2, 18, 19 und 21. Linie 2 wird über Wagnitzer Straße—Marschstraße—Beethovenstraße—Wächterstraße—Königsplatz geführt. Die Wagen der Linien 18, 19 und 21 verkehren über Frankfurter Straße—Kantstraße—Steinweg—Fleischerplatz—Dillrichring.

Zentrale für Jugendhilfe. Für Monat Juni finden die Helferversammlungen statt. Für die Helfer vom Westen Mittwoch, den 8. Juni, um 18 Uhr, in der Fortbildungsschule in der Merseburger Straße. Alt-Leipzig Donnerstag, den 9. Juni, um 18 Uhr, in der Volkshaus in der Glockenstraße. Alten Montag, den 13. Juni, um 18 Uhr in der Realschule in der Kohlgrabenstraße.

Neue Kraftfahrer. Man schreibt uns: Am 30. Juni 1927 läuft die Gültigkeitsdauer einer sehr großen Zahl der bei der Kraftfahrzeugsteuerstelle des Finanzamts Leipzig-Mitte, Hauptkammerstraße 2, 1. Stock, Zimmer Nr. 37 und 38, ausgestellten Steuerkarten für Kraftfahrzeuge (Personenkraftwagen, Lastkraftwagen, Kraftzäuber) und Probefahrerzeugnisse ab. Es liegt im Interesse der Steuerpflichtigen, daß die Anträge auf Erneuerung der Steuerkarten nicht erst kurz vor dem 30. Juni 1927, sondern bereits von der zweiten Woche des Monats Juni ab gestellt werden, um übermäßigen Andrang und damit verbundenen Verzögerungen in der Abfertigung zu vermeiden. Die Erneuerungsanträge können beim Finanzamt schon von 8 Uhr ab gestellt werden (Kassenzahl 8 bis 13 Uhr, Sonnabends 8—12 Uhr).

Durch unverantwortlichen Verstoß geriet am 28. Mai ein vor dem Grundstück Gerberstr. 9-27 stehender Kraftwagen in Brand. Aus dem Benzinbehälter des Kraftwagens war Benzin auf die Straße gelaufen. Mehrere in der Nähe des Kraftwagens stehende Personen beobachteten dies und gingen in eine nahegelegene Gasse, um den Besitzer des Kraftwagens davon zu verständigen. Daraufhin kam der Besitzer des Lokals auf die Straße und stellte den Schaden an dem Wagen ab. Kurze Zeit danach kamen aus der gleichen Gasse drei junge Männer heraus und blieben an dem Kraftwagen stehen. Sie unterlegten sich von der einlaufenden Straße. Einer von ihnen wühlte sich und hielt nachher mehrere brennende Streichhölzer an die Fahrgastseite. Mit einem Schlag eine Flamme hoch und der Wagen fing an zu brennen. Die drei versuchten nunmehr den Brand mit den Händen auszutreten. Dies gelang ihnen aber nicht, worauf sie sich schnellstens entfernten. Die herbeigerufene Feuerwehr löschte den Brand. Später gelang es, die 3 Personen zu ermitteln und festzunehmen. Bei ihrer Vernehmung gab derjenige, der die Streichhölzer angezündet hatte, an, er sei der Meinung gewesen, die Fahrgastseite sei kein Benzin. Mit den Streichhölzern habe er sie nur abzuleuchten wollen, um festzustellen, was es sei.

Zusammenstoß eines Rangierzugs mit einem Personenzug. Am 3. Juni in der 16. Stunde erfolgte in der Demmeringstraße zwischen der Haupt- und Radlitzstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Rangierzug der Reichsbahn und einem mit dem Führer besetzten Personenzug. An dem Kraftwagen ist bedeutender Schaden entstanden; er mußte abgeschleppt werden. Sein Führer blieb unverletzt. Die polizeilichen Ermittlungen über die Ursache des Zusammenstoßes sind noch nicht abgeschlossen.

Brandstiftung. Auf einem Neubau in der Gartenstadt Marienbrunn brach am Morgen des ersten Pfingsttages Feuer aus. Ein Teil des Dachstuhls wurde durch das Feuer zerstört. Die Feuerwehr war sofort zur Stelle und beseitigte das weitere Ausbreiten. Menschenleben blieben bei dem Brande nicht in Gefahr. Die Untersuchungen der Kriminalpolizei ergaben, daß zweifellos Brandstiftung vorliegt. Bis jetzt konnten aber die Täter noch nicht ermittelt werden.

Reiseverbot an den Freibänken. Morgen Mittwoch, den 8. Juni, an der Freibank I: Nr. 2651 bis 4150, an der Freibank II: Nr. 3401 bis 4250 und Nr. 1 bis 250. Von 11 Uhr an freier Verkehr.

Der billige Trif der Regierungsparteien

Im Anschluß an die gescheiterten Verhandlungen über die Aufnahme der Deutschnationalen in die sächsische Regierung forderte der volksparteiliche Dresdner Anzeiger, dem bekanntlich Herr Blüher sehr nahe steht:

Herr Helbig müßte nun, nach dem Rücktritt der bürgerlichen Minister, von sich aus Minister ernennen mit Einbeziehung der Deutschnationalen.

Diese Parole war das Stichwort, nach dem ein neuer Versuch zur Befestigung der Schwierigkeiten in der Regierungsbildung unternommen werden soll. Mit diesem Mittel der Entscheidung durch Herrn Helbig hat sich ja die sächsische Koalition seit 1924 in schwierigen Situationen schon öfter geholfen. Wenn eine Sache dringlich wurde, mußten die Parteien zurücktreten und Herr Helbig mußte eine Notverordnung erlassen. Auch diesmal scheint die Absicht zu bestehen, es wenigstens mit so etwas ähnlichem wie einer Notverordnung zu versuchen. Es wäre übrigens kein schlechter Witz, wenn das neue Kabinett sozusagen auf dem Wege der Notverordnung zustande käme.

Interessant ist, daß auch ein Teil der Demokraten mit dieser Regelung einverstanden wäre, stellt doch die Zittauer Morgenzeitung mit Genehmigung fest:

Im übrigen tritt in der Presse allgemein der Gedanke in den Vordergrund, daß Ministerpräsident Helbig die neuen Minister ernennen sollte, so auch an der Spitze der Staatszeitung, was, da es ja nur mit Kenntnis des Ministerpräsidenten geschehen kann, von besonderer Bedeutung ist.

Einige Einschränkungen hat aber das Zittauer Demokratenblatt, es schreibt weiter:

Natürlich ist das, was wir möchten das besonders hervorheben, weil es bloßer niemand sonst getan hat, so zu verstehen, daß Helbig nicht diktatorisch die sächsischen Minister oder andere Herren beruft, sondern daß er mit den Parteien vorher Rücksprache nimmt. Das ist auch die Auffassung, die nach unseren Ermündungen in führenden parlamentarischen Kreisen rechts und in der Mitte besteht.

Inzwischen haben auch die Deutschnationalen zu dem von den Regierungsparteien so freudig begrüßten Lösungsvorschlag Stellung genommen. Die Deutsche Zeitung bringt von ihrem Bezirksleiter aus Dresden am 5. Juni einen Artikel mit der Überschrift: „Falsches Spiel mit den Deutschnationalen“, der den Lösungsvorschlag einknickt.

„Billigen Trif der Regierungsparteien“

Die Deutschnationalen wehren sich mit dem Artikel zunächst gegen den Vorwurf, daß sie bei den Verhandlungen „ihre Forderungen über das am 11. Januar dieses Jahres vereinbarte hinaus erweitert“. Diese Behauptung der Regierungsparteien sei eine unerhörte Entstellung und eine Unschicklichkeit. Auch der deutschnationale Verhandlungsteilnehmer Dr. Eberle wendet sich in einer Besichtigung an die Presse gegen jene Behauptung der Regierungsparteien, er sagt, die Deutschnationalen hätten auch nach der Ablehnung ihrer Forderung auf Verminderung der Ministerliste von 7 auf 5 nur einen Minister für zwei zusammenzulegende Ministerien gefordert.

Mit dieser Ablehnung ihrer Forderungen wollen die Deutschnationalen nur den läßlichen Eindruck verwickeln, daß der Rufhandel über die Regierungsbildung zunächst an ihrer Postenliste

gescheitert ist. Dabei bestärkt die Deutsche Zeitung selbst, was sie und Dr. Eberle bestreiten, sie schreibt:

„Gewiß verspricht die Umwandlung vom Januar den Deutschnationalen nur ein Ministerium, aber doch nur unter der Voraussetzung, daß die Zahl der Ministerien von sieben auf fünf verringert wird; bleiben dagegen die bisherigen sieben Ministerien bestehen — weil keiner der Inhaber auf eins verzichten will — so ist es nur recht und billig, daß die Deutschnationalen als stärkste Fraktion zwei Ministerien erhalten. So lautet die Forderung der sächsischen Deutschnationalen auf Verfassung des Innen- und des Wirtschaftsministeriums, wobei sie sich bereit erklären, jederzeit diese beiden Ministerien in einer Hand zu vereinigen. Die Regierungsparteien lehnten jedoch dies Anerbieten rundweg ab, wobei es besonders reizvoll ist, zu erfahren, daß die Demokraten behaupteten, Innenminister könne überhaupt nur ein Demokrat sein. Das einzige, was man den Deutschnationalen endlich gnädigst zugestehen wollte, das war das Wirtschaftsministerium, wobei allerdings noch die Wirtschaftspartei recht schief und mißverständliche Gesten zogen. Dieser Vorschlag war für die Deutschnationalen unannehmbar. So kam es zum Bruch, nicht, weil es die Deutschnationalen an Entgegenkommen fehlten ließen, sondern lediglich, weil bei den anderen einfach gar nicht der ernstliche Wille zur Einigung und zum Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen vorhanden war. Die unerhörte Verschleppung der ganzen Angelegenheit zeigt dies ja auch schon deutlich genug.“

Zum Schluß heißt es in dem Artikel der Deutschen Zeitung: „Im übrigen scheint man im Regierungslager die Absicht zu haben, durch Helbig, der ja nicht zurückzutreten braucht, da die Ministerliste die Verpflichtung seinerzeit nicht mit unterschrieben haben, eine Art Kabinett der Persönlichkeiten bilden zu lassen, und zwar aus den Reihen der bisherigen Regierungsparteien, wobei allerdings ein Ministerium — gewiß das unwichtigste — mit einer der Deutschnationalen nachstehenden Persönlichkeit besetzt werden soll, damit den Deutschnationalen die Ablehnung des neuen Kabinetts schwer gemacht werde. Wir glauben allerdings nicht, daß sich eine solche den Deutschnationalen wirklich nahe liegende Persönlichkeit für diesen billigen Trif der sächsischen Regierungsparteien finden wird. Auf jeden Fall können die sächsischen Deutschnationalen ruhig der Dinge warten, wie sie auch kommen mögen.“

Daß sich wirklich kein Deutschnationaler finden wird, wenn es gilt, einen so lang ersehnten Ministerposten zu besetzen, bleibt wohl abzuwarten, zumal inzwischen die Regierungsparteien ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen haben, den Deutschnationalen das Finanzministerium zu übertragen, das die Demokraten nicht wollen und von dem die Wirtschaftspartei recht wenig erbaut ist, weil ihr Finanzminister Weber sich in diesem Amt auf der ganzen Linie blamiert hat.

Besonders bemerkenswert ist bei dem ganzen Rufhandel die Haltung der Demokraten. Die demokratischen Mitglieder sind im ganzen Lande gegen eine Regierungsbeteiligung mit den Deutschnationalen, aber die Drahtzieher in der demokratischen Landtagsfraktion pfeifen ihren Mitgliedern etwas. Die demokratische Neue Leipziger Zeitung verlangte von den Demokraten Verhandlungen mit den Sozialdemokraten, aber die demokratischen Drahtzieher begrüssen, daß Helbig nicht zurückgetreten ist. Das mindeste wäre doch, daß die Demokraten zunächst einmal einen Trif machten und den Rücktritt Helbigs durchsetzten. Die demokratischen Mitglieder müßten das schon — aber sie können nicht! Das war voraussehen!

Sächsische Angelegenheiten

Dyler der niedrigen Löhne der Reichsbahn.

Große Durchsicherungen auf der Bahnmeisterei Radibor bei Bautzen fanden vorige Woche vor dem Gemeinamen Schöffengericht Bautzen ihre Sühne. Die auf der Bahnmeisterei beschäftigt gewesenen Eisenbahnbediensteten, der 39 Jahre alte Schreiber Matzke aus Kleinwelta und der 44 Jahre alte Expedient Richter aus Bautzen hatten sich wegen gemeinschaftlichen Betruges und gewinnbringender Fälschung von Privaturlaubs- und Lohnzetteln, Matzke bezog zuletzt 28 RM. und Richter 29 RM. Wochenlohn.

Die Bahnmeisterei beschäftigte zu der fraglichen Zeit mehrere hundert Arbeiter. Matzke hatte das Lohnwesen der Arbeiter zu regeln, Richter die Gehaltsangelegenheiten der Beamten und die An- und Abmeldungen der Arbeiter zur Krankenkasse. Beide Angeklagte gaben zu, sich dadurch unethisch Geld verschafft zu haben, daß von Matzke im Einverständnis mit Richter in die Abschlagslohnlisten und in die monatlichen Abschlußlisten mehr Arbeitsstunden, als geleistet, eingetragen, der Einstellungstag neu eingetretener Arbeiter zurückdatiert, der Abgangstag ausgetretener Arbeiter erheblich später eingetragen und auf die Zwischenzeit der Lohn verrechnet wurde. Ferner wurden Urlaubstage der Arbeiter fälschlich auf Sonntags eingetragen. Soweit feststellbar, ist in der kurzen Zeit von Januar bis September 1926 die Güterliste um 8249,57 Mark betrogen worden. Richter behauptete, er habe davon im ganzen nur 978 RM. erhoben, Matzke aber erklärte, er und Richter hätten die jeweils unregelmäßig erlangten Beträge allwöchentlich unter sich verteilt. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen beide Angeklagte je 18 Monate Gefängnis. Das Gericht gab dem Antrag des Staatsanwaltes statt und verurteilte Matzke und Richter zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrenreueverlust.

Das Urteil ist gefällt. Das Gericht hat sich an den Buchstaben des Gesetzes geklammert, ohne die nächstliegenden Begleitumstände in Betracht zu ziehen. Und doch sind es drei Umstände, die auf alle Fälle für eine mildere Beurteilung der Straftat in Betracht gezogen werden müßten. Die Angeklagten waren bisher noch unbestraft, sie sind beide verheiratet, haben also eine Familie zu ernähren, und drittens erhielten sie gerabegut standardmäßige Löhne, 28 und 29 RM. pro Woche. Die Gerichtsurteile ist die Eisenbahnverwaltung, denn mit der bisher von der Reichsbahn geübten Lohnpolitik wird direkt ein korruptes Beamtenum gestützt.

Kraftwagen und Eisenbahnübergänge.

Das Ministerialblatt für die sächsische innere Verwaltung veröffentlicht folgende Verordnung, die den Kraftfahrzeugverkehr an Eisenbahnübergängen betrifft:

Unfälle von Kraftfahrzeugen sind wiederholt dadurch verursacht worden, daß die Führer versucht haben, mit großer Geschwindigkeit über die Bahnübergänge hinwegzufahren. Nach § 18 der Verkehrsordnung über den Kraftfahrzeugverkehr vom 5. Dezember 1926 hat der Führer eines Kraftfahrzeuges die Fahrgeschwindigkeit so einzurichten, daß er in der Lage bleibt, den Verpflichtungen Genüge zu leisten, die ihm nach den Bestimmungen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen obliegen. Er muß insbesondere dort, wo der Überblick über die Fahrbahn behindert oder die Sicherheit des Verkehrs durch die Beschaffenheit des Weges beeinträchtigt ist, so langsam fahren, daß das Fahrzeug auf kürzeste Entfernung zum Stehen gebracht werden kann.

Die Polizeibehörden werden angewiesen, an Bahnübergängen hierauf besonders zu achten und zum Überhandgehenden Kraftfahrzeugführer zur Bestrafung anzuzeigen.

Vorläufiges Ergebnis der Elternratswahlen.

Der Landesverband der christlichen Elternvereine Sachsens teilt folgendes Teilergebnis der Elternratswahlen in Sachsen mit: Von den 459 sächsischen Schulen, die im Vorjahre Elternräte hatten, liegen nunmehr die Ergebnisse von 372 Schulen vor, wodurch ein vorläufiger Überblick auf den Ausgang der diesjährigen Neubildung der Elternräte möglich ist. An den 372 Schulen, wo die Neubildung der Elternräte bereits durchgeführt ist, gehören 2195 der christlichen Seite an, 1599 der weltlichen Seite (2191 : 1599 im Vorjahre). Die christliche Mehrheit beträgt 596 (582 im Vorjahre). Die weltliche Seite hat ihren Bestand vom vorigen Jahre erhalten. Im allgemeinen haben die Großstädte der weltlichen Seite einen Zugang gebracht.

Eine Verordnung zum Kinderzuchtgesetz.

Das sächsische Wirtschaftsministerium hat eine Ergänzung der Ausführungsverordnung zum Kinderzuchtgesetz vom 29. Oktober 1925 erlassen. Es wird darin ein § 2a eingefügt, der zum § 38 folgende Änderungen bringt.

Ein züchternes Interesse liegt insbesondere nicht vor, wenn in einer Gemeinde infolge Abmeldeverfahren keine Wahrung betrieben wird. Ein züchternes Interesse ist insbesondere ausreißend gewahrt, wenn die Väter züchternen Kinder einschließlich der Väter, die von dem Rechte der Bestrafung von der Zugehörigkeit zu einer Jugendgenossenschaft nicht Gebrauch gemacht haben, zwangsweise die Bestrafung zu einer oder im Bedarfsfälle zu mehreren Vereinigungen zusammengetreten sind und wenn eine solche Vereinigung sich eine Satzung gibt, für die Bestrafung einer ausreichenden Zahl angeführter Bullen Sorge trägt und mit den Bullenpatern schriftliche Verträge abgeschlossen hat.

Dresden. Ein Vorkommnis als Fahrrad dieb. Am Sonnabend wurde im Stadlinnen ein Mann festgenommen, der eben im Begriff stand, das Fahrrad eines Markthelfers zu stehlen. Auf der Polizeiwache entpuppte sich der Dieb als ein Kommissar der Dresdner Sittenpolizei.

Zwickau. Eine Verzeiwungstat. Wegen ehelicher Zwistigkeiten kürzte sich eine Ehefrau in ihrer Verzeiwung aus dem dritten Stock auf den Hof. Sie erlitt Genick- und Schädelbruch und war sofort tot.

Kobwitz i. B. Eine Streichgarnspinnerei niedergebrannt. Am Montagfrüh ist die Streichgarnspinnerei von Gebr. Vent in Kobwitz bei Kobwitz niedergebrannt. Das zweistöckige neue Fabrikgebäude ist mit Lagerbeständen und modernen Maschinenanlagen ein Raub der Flammen geworden. Den Feuerwehren aus Kobwitz, Auerbach, Reichenbach und Plauen ist es gelungen, das alte Fabrikgebäude zu erhalten, so daß der Betrieb in diesem fortgesetzt werden kann. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch nicht bekannt; es dürfte aber Selbstentzündung vorliegen. Der Schaden ist bedeutend, soll aber durch Versicherung gedeckt sein.

Billige Kommunikation

Bringt diesen erst den richtigen Genuß durch die Anwendung von Vasenol-Körner-Puder, der mit seinem angenehmen Geruch die Haut erfrischt und befeuchtet und durch seine eigenartige Zusammenlegung alle unangenehmen Hautauswüchse beseitigt. Niemand sollte man deshalb in die Sommerreise geben, ohne sich mit Vasenol-Körner-Puder zu versehen. — bei härterer Sommerabsonderung ist der Vasenol-Vuß-Puder angebracht.

